

Studie zur Situation des Mittelstandes in der Schweiz

Auswertung von Sekundärdaten,
Literatur- und Dokumentenanalyse

Im Auftrag von
Angestellte Schweiz

Thomas Oesch, Markus Schärler

Bern, 1. Dezember 2010

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
Zusammenfassung	II
1 Ausgangslage und Fragestellung	1
2 Wer gehört zum Mittelstand?	3
3 Wie hat sich die Lage des Mittelstandes verändert?	6
3.1 Situation in der Schweiz	6
3.2 Situation in Deutschland	14
3.3 Fazit	15
4 Wie steigt man in den Mittelstand auf?	16
4.1 Daten zur Situation in der Schweiz	16
4.2 Daten zur Situation in Deutschland	19
4.3 Fazit	21
5 Wie ist die Lage des Mittelstandes in unterschiedlichen Regionen?	22
5.1 Interregionale Unterschiede in den Abgaben und Wohnkosten	22
5.2 Interregionale Unterschiede im Einkommen	24
5.3 Fazit	25
6 Schlussfolgerungen	26
7 Literaturverzeichnis	27

Zusammenfassung

Die Ausgangslage

Im Zeitraum von 1970 bis 2000 ist der Anteil der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge am schweizerischen Bruttoinlandprodukt, die so genannte Fiskalquote, deutlich gestiegen und die realen Einkommen sind dagegen kaum gewachsen.

Im Jahr 2005 hat eine Studie im Auftrag des Verbands «Angestellte Schweiz» festgestellt, dass den Schweizer Mittelstandshaushalten im Jahr 2001 nach Abzug der Zwangsabgaben (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) und der periodischen Ausgaben (Miete, Hypothekenzinsen, Privatversicherungsprämien) kaum mehr Geld für Konsum und Freizeit als noch 1990 verblieben ist.

Seit 2000 ist die Fiskalquote konstant geblieben und die realen Einkommen sind mit 0.7 Prozent pro Jahr wieder deutlich stärker gestiegen. Wie wirkt sich diese Entwicklung auf den Mittelstand aus?

Die Ergebnisse

Als Mittelstand werden in der vorliegenden Studie die **mittleren 60 Prozent** der Haushalte bezeichnet. Für einen Einpersonenhaushalt entspricht dies einem jährlichen Gesamteinkommen von 49'000 bzw. 116'000 Franken. Diese Einkommensgrenzen erhöhen sich für einen Paarhaushalt mit zwei Kindern auf 103'000 bzw. 244'000 Franken. Zur Vergleichbarkeit zwischen unterschiedlichen Haushaltstypen werden Äquivalenzziffern verwendet.

Die Gruppe der einkommensschwachen Haushalte (1. Fünftel) erreicht im Jahr 2008 einen Anteil von 9.8 Prozent am Bruttoeinkommen und 7.2 Prozent am kurzfristig verfügbaren Einkommen. Der **Mittelstand** (2. – 4. Fünftel) **erzielt einen Anteil von 55.0 Prozent bzw. 55.5 Prozent** am Gesamteinkommen und die einkommensstärksten Haushalte (5. Fünftel) einen Anteil von 35.2 Prozent bzw.

37.2 Prozent des kurzfristig verfügbaren Einkommens.

Zwischen 2001 und 2005 veränderten sich die Einkommensanteile der Haushalte kaum, der Gini-Koeffizient als Mass der Einkommensungleichheit lag zwischen 0.26 und 0.27.

Zwischen 2006 und 2008 konnten die einkommensstarken Haushalte (5. Quintil) ihre Anteile am gesamten Einkommen leicht erhöhen. Dies **zu Lasten** der einkommensschwachen Haushalte und des Mittelstandes. Die Haushalte des unteren und mittleren Mittelstandes (2. + 3. Quintil) verlieren zwischen 2006 und 2008 relativ betrachtet Einkommensanteile in der Höhe von 1 Prozent.

Die **Einkommensungleichheit** gemessen mit dem Gini-Koeffizienten **nimmt** zwischen 2006 und 2008 bei allen drei betrachteten Einkommensstufen **zu**. Die Einkommensunterschiede zwischen den Haushalten sind beim kurzfristig verfügbaren Einkommen mit einem Gini-Index von 0.33 am grössten. Es kann vermutet werden, dass der Mittelstand in der Schweiz in den letzten Jahren kleiner geworden ist, wie dies verschiedene Studien für Deutschland nachgewiesen haben. Der Mittelstand in Deutschland verdient relativ weniger als noch vor 10 Jahren.

Die **Einkommensmobilität** in der Schweiz ist relativ hoch. **Rund jeder 10. Haushalt stieg in den 1990er Jahren aus dem Mittelstand im Verlauf eines Jahres ab**, rund jeder 10. Haushalt auf. **Fast jeder dritte einkommensschwache Haushalt stieg innerhalb eines Jahres** in den Mittelstand oder in die Gruppe der einkommensstarken Haushalte **auf**. Ein Auf- oder Abstieg ist aber nicht definitiv, häufig wird in Folgejahren ein erneuter Auf- oder Abstieg erfolgen.

Die Belastung der Mittelstandshaushalte durch Steuern, Krankenversicherungsprämien und Wohnkosten kann von Gemeinde zu Gemeinde sehr **unterschiedlich ausfallen**. Die Belastung der mittleren Einkommen ist in städ-

tischen Kantonen höher als in Agglomerationskantonen oder ländlichen Kantonen. Lohn-
daten für Grossregionen **zeigen wesentliche
Unterschiede des Lohnniveaus** respektive
der Erwerbsmöglichkeiten in der Schweiz.

1 Ausgangslage und Fragestellung

Im Zeitraum von 1970 bis 2000 ist der Anteil der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge am schweizerischen Bruttoinlandprodukt, die so genannte Fiskalquote, deutlich gestiegen und die realen Einkommen sind dagegen kaum gewachsen.

Im Jahr 2005 hat eine Studie im Auftrag des Verbands «Angestellte Schweiz» festgestellt, dass den Schweizer Mittelstandshaushalten im Jahr 2001 nach Abzug der Zwangsabgaben (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) und der periodischen Ausgaben (Miete, Hypothekenzinsen, Privatversicherungsprämien) kaum mehr Geld für Konsum und Freizeit als noch im Jahr 1990 verblieben ist.

Wie hat sich die Situation der Schweizer Mittelstandshaushalte in den vergangenen 10 Jahren entwickelt, gelten die Aussagen der erwähnten Studie weiterhin?

Im Gegensatz zur Entwicklung von 1980 – 2000 ist die **Fiskalquote seit dem Jahr 2000 konstant geblieben** und die **realen Einkommen** sind mit 0.7 Prozent Wachstum pro Jahr wieder **deutlich stärker gestiegen** als in der Zeitperiode zwischen 1980 und 2000 (BFS 2010). Andererseits führten die Rezessionen 2003 und 2009, das Grounding der nationalen Fluggesellschaft, der Absturz der UBS, kontinuierlich steigende Kosten für das Gesundheitswesen, zeitweilige hohe Arbeitslosenzahlen zu einer zunehmenden Verunsicherung breiter Bevölkerungskreise.

Lässt sich die Verunsicherung mit Zahlen und Fakten belegen? Wie hat sich die Situation der Haushalte des Mittelstandes in den letzten Jahren entwickelt? Ein Blick über die Landesgrenzen zeigt, dass diese Fragestellungen vor allem in Deutschland empirisch beantwortet und breit diskutiert werden. Wie weit lassen sich die Ergebnisse für Deutschland auf die Schweiz übertragen? Der Verband «Angestellte Schweiz» hat deshalb eine Aktualisierung der Studie zur Lage des Mittelstandes aus dem Jahre 2005 in Auftrag gegeben.

Die Studie soll neben der Aktualisierung der damaligen Fragestellungen

- v Wie hat sich der Mittelstand in den letzten Jahren entwickelt und wie sieht seine Zukunft aus?
- v Sind die mittleren Einkommen weniger stark gestiegen als die hohen oder auch die tiefen Einkommen?
- v Kann man feststellen, dass der Mittelstand immer mehr über Steuern und Gebühren belastet wird?
- v Was bleibt nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie Fixkosten wie Mieten und Krankenkassenprämien noch übrig? Was kann man sich noch leisten im Vergleich zu früher?

auch die folgenden neuen Fragen beantworten:

- v Wie viele Personen bewegen sich in den Mittelstand hinein, wie viele heraus?
- v Wie sind die Bewegungen innerhalb des Mittelstandes nach oben und nach unten?
- v Wie unterscheidet sich die Lage des Mittelstandes nach Regionen in der Schweiz?

Diese Fragen sollen durch Auswertung von Sekundärdaten (vorwiegend des Bundesamtes für Statistik) und im Rahmen einer Literaturanalyse möglichst weitgehend beantwortet werden.

Was sagt die Forschung?

Die Herausforderung an eine Studie, welche den Gesamteffekt der Wirtschaftsentwicklung und der sozialstaatlichen Umverteilung auf die Haushalte des Mittelstandes aufzeigen will, besteht darin, sowohl alle einkommensrelevanten als auch alle ausgabenrelevanten Faktoren zu erfassen und die durch steuer- und sozialpolitische Massnahmen bewirkten Überwälzungsprozesse anhand plausibler Modelle nachzuzeichnen. Seit den 1980er Jahren haben sich verschiedene Studien der Untersuchung einzelner dieser Aspekte angenommen (siehe Literaturverzeichnis). Leider existiert keine Studie neueren Datums, welche die gesamte Umverteilungswirkung des Steuersystems von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie des Systems der Sozialen Sicherung auf die Haushalte des Mittelstandes zu dokumentieren vermag.¹ Politische Aussagen zur Situation des Mittelstandes basieren so letztlich immer auf der Untersuchung von Teilbereichen der realen Situation des Mittelstandes.

Die aktuellsten Studien, welche die Verteilung des Wohlstands in der Schweiz seit Anfang der 1990er Jahre untersuchen, wurden im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft (Müller et al. 2002) und der Eidgenössischen Steuerverwaltung (Müller et al. 2004) vom Büro Ecoplan und später mit etwas aktuelleren Daten (1990 – 2004) vom Bundesamt für Statistik (BFS 2007) und von der eidgenössischen Steuerverwaltung (Peters 2010) erarbeitet.

In der vorliegenden Studie führen wir die aufgeführten Analysen mit den Daten der Jahre 2005 bis 2008 weiter (siehe Kapitel 3).

Zur Frage der Mobilität von Haushalten (wie viele steigen in den Mittelstand auf bzw. aus dem Mittelstand ab) liegen für die Schweiz Studien basierend auf Zahlen aus den 1990er Jahren vor. Die Ergebnisse zur Mobilität von Haushalten werden in Kapitel 4 präsentiert.

Die Fragestellung nach regionalen Unterschieden in der Kaufkraft der Haushalte wird basierend auf Sekundärdaten und einer Studie der Credit Suisse (2008) zum verfügbaren Einkommen in Kapitel 5 bearbeitet.

Im Rahmen der Schlussfolgerungen werden die wichtigsten Erkenntnisse zusammengefasst wiedergegeben (siehe Kapitel 6).

¹ Die bestehenden Studien zur Budgetinzidenz spiegeln die Situation in den Jahren 1980 (Leu, Frey & Buhmann 1988) und 1992 (Hauser et al. 1994).

2 Wer gehört zum Mittelstand?

Wenn in der aktuellen öffentlichen und politischen Auseinandersetzung über die Situation des Mittelstandes debattiert wird, bleibt die Umschreibung häufig vage, wer denn eigentlich zum Mittelstand gehört. Nach einer gängigen allgemeinen Umschreibung sind dies all jene Haushalte in der Schweiz, die ihren **Unterhalt selbständig bestreiten können und trotzdem nicht vermögend sind**. Selbständig meint dabei für gewöhnlich, dass ein Haushalt den Lebensunterhalt ohne Gewährung von bedarfsabhängigen Sozialleistungen bestreiten kann. Weniger konkret sind Aussagen dazu, aufgrund welcher Merkmale und bis zu welchem Punkt ein Haushalt als nicht vermögend einzustufen ist.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um die materielle Belastung des Mittelstandes ist es sinnvoll, den Mittelstand über seinen effektiven finanziellen Handlungsspielraum zu definieren.² Dabei ist nicht nur das Arbeitseinkommen zu berücksichtigen, sondern das gesamte Haushalteinkommen, das auch die Beiträge aus der sozialen Sicherung und Vermögenserträge beinhaltet.

Zum Mittelstand gehören im Jahr 2010 nach der Definition des Auftraggebers³ Einpersonenhaushalte mit einem jährlichen Gesamteinkommen zwischen 52'500 und 84'000 Franken. Dies entspricht einem Bruttoeinkommen zwischen 110'000 und 176'500 Franken für einen Paarhaushalt mit zwei schulpflichtigen Kindern.

Tabelle 1: Mittelstandseinkommen 2010 nach Definition Auftraggeber nach Haushaltsgruppen in CHF

	Äquivalenzwert	Untere Einkommensgrenze	Obere Einkommensgrenze
Einpersonenhaushalt / Äquivalenzperson	1	52'500	84'000
Alleinerziehend mit 1 Kind	1.3	68'250	109'200
Paar ohne Kinder	1.5	78'750	126'000
Paar mit 1 Kind	1.8	94'500	151'200
Paar mit 2 Kindern	2.1	110'250	176'400
Paar mit 3 Kindern	2.4	126'000	201'600

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf der neuen OECD-Äquivalenzskala; Annahme: alle Kinder unter 14 Jahren.

Damit die Einkommen unterschiedlicher Haushaltstypen sinnvoll miteinander verglichen werden können, muss mit **Äquivalenzeinkommen** (= Indikator für das Wohlstandsniveau eines Haushaltes) gerechnet werden. Je mehr Mitglieder ein Haushalt zählt, desto höhere Kosten fallen an. Bei gleichem Einkommen ist das Wohlstandsniveau eines Single-Haushaltes höher im Vergleich zu einem Haushalt mit zwei erwachsenen Personen und zwei Kindern. Um diese Mehrkosten nach Grösse und Zusammensetzung der Haushalte möglichst realitätsnah zu berücksichtigen, werden so genannte Äquivalenzskalen verwendet. Das effektive Haushaltseinkommen wird dann durch einen der jeweiligen Haushaltszusammensetzung entsprechenden Äquivalenzwert dividiert. Das Äquivalenzeinkommen wird anschliessend allen Mitgliedern desselben Haushaltes zugeordnet, und die Auswertung wird auf der Basis aller betroffenen Personen (Analyseeinheit) vorgenommen (BFS 2007, 39).

² Der Mittelstand wird in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion auch über Aspekte wie Werthaltungen oder nicht-materielle Ressourcen beschrieben. Die Armutsforschung unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen einem Ressourcen- und einem Lebenslagenkonzept (u.a. Leu, Burri & Priester 1997). Das Lebenslagenkonzept berücksichtigt auch nicht-materielle Aspekte wie etwa Bildung und beschreibt den Mittelstand anhand von Indikatoren wie Arbeits- und Wohnsituation, Gesundheit, Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben sowie über die subjektive Einschätzung derjenigen, die sich zum Mittelstand zählen.

³ Im Vergleich zur Studie 2005 wurden die Einkommensgrenzen um 5 Prozent angehoben, dies entspricht (gerundet) der aufgelaufenen Teuerung.

Im Gegensatz zur Datengrundlage in der Studie 2005, in der nur Erwerbshaushalte betrachtet wurden, sind in den aktuell verfügbaren Auswertungen des BFS alle Haushalte (auch Rentnerhaushalte) enthalten.

Absolute und relative Konzepte des Mittelstandes

In der wissenschaftlichen Analyse werden die Mittelstandshaushalte aus methodischen Gründen nicht über ein festgelegtes Einkommen, sondern für gewöhnlich über Anteile (bspw. Dezile, Quintile) in einer Einkommensverteilung definiert. Als Mittelschicht oder Mittelstand wird oft die Mehrheit der Haushalte bezeichnet, die zwischen den 20 Prozent einkommenschwächsten und den 20 Prozent einkommensstärksten (reichsten) Haushalten liegen.⁴

Wir verwenden beim Zusammentragen der Resultate aus den unterschiedlichen Studien folgende Gliederung der Haushalte:⁵

Tabelle 2: Einteilung der Haushalte nach Einkommen

Haushaltstyp	Dezil	Quintil	Prozent
Einkommenschwache HH	1. und 2. Dezil	1. Quintil	20%
Unterer Mittelstand	3. und 4. Dezil	2. Quintil	20%
Mittlerer Mittelstand	5. und 6. Dezil	3. Quintil	20%
Oberer Mittelstand	7. und 8. Dezil	4. Quintil	20%
Einkommensstarke HH	9. und 10. Dezil	5. Quintil	20%

Bemerkungen: HH = Haushalte.
Quelle: Eigene Darstellung.

Ein direkter Vergleich zwischen der **absoluten Definition** des Mittelstandes (Bruttoeinkommen zwischen 52'500 und 84'000 Franken in einem Einpersonenhaushalt) und den in verschiedenen Studien nach einem **relativen Konzept** ermittelten Mittelstandseinkommen ist nur **annäherungsweise möglich**. Dies deshalb, weil in den meisten Untersuchungen nicht untere und obere Einkommensgrenzen für Mittelstandshaushalte ausgewiesen (d.h. Dezil-, oder Quintilsgrenzen), sondern die Median- oder Durchschnittseinkommen aufgeführt werden.

Basierend auf der Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998 (EVE 1998) haben Künzi & Schärler (2004) Einkommensgrenzen berechnet. Ein Schweizer Mittelstandshaushalt (2. bis 4. Quintil) wies damals ein Äquivalenz-Bruttoeinkommen zwischen 42'600 Franken (untere Grenze) und 100'500 Franken (obere Grenze) aus. Dieses Einkommen lässt sich allerdings nur bedingt dem Mittelstandseinkommen nach Definition des Auftraggebers gegenüberstellen, da Künzi & Schärler alle Haushalte (einschliesslich der Rentnerhaushalte) und das Brutto-Bruttoeinkommen (einschliesslich der Arbeitgeberbeiträge auf den Sozialabgaben) einbeziehen. Auch ist zu beachten, dass zwischen 1998 und 2008 die Löhne gemäss Lohnindex (BFS 2010) um rund 15 Prozent angestiegen sind.⁶ Wird die durchschnittliche Lohnentwicklung eingerechnet, **beträgt die untere Grenze rund 49'000 Franken, die obere Grenze 116'000 Franken**. Der Mittelstand ist nach der Definition des Auftraggebers

⁴ Als Basis für eine politische Definition des Mittelstandes, verstanden als eine Gesellschaftsgruppe, welche sich in einem bestimmten Wohlstandsspektrum bewegt, eignet es sich das Konzept der relativen Einkommensgrenzen nur bedingt. Es kann auch problematisch sein, diese Konzepte in der politischen Argumentation zu verwenden, da es immer einen vorbestimmten Bevölkerungsanteil gibt, der dem Konzept gemäss arm bleibt, ungeachtet dessen, wie sich die wirtschaftliche Situation dieser Gruppe verändert und welche sozialpolitischen Massnahmen getroffen werden (vgl. Leu, Burri & Priester 1997, 13).

⁵ Es gibt auch Studien mit vier Einkommensgruppen: Arme Haushalte (1. und 2. Dezil), Unterer Mittelstand (3. bis 5. Dezil) Oberer Mittelstand (6. bis 8. Dezil) und Reiche Haushalte (9. und 10. Dezil)

⁶ Künzi & Schärler (2004) verwenden in ihrer Untersuchung ausserdem die Äquivalenzskala von Gerfin & Wanzenried (2001).

also enger definiert als die relativen Einkommensgrenzen für die mittleren 60 Prozent der Bevölkerung gemäss **Tabelle 2**.

Dieses relative Konzept erlaubt keine direkten Rückschlüsse auf Veränderungen in der Grösse des Mittelstandes⁷, da diese **per Definition immer 60 Prozent der Bevölkerung** entspricht. Jedoch ist es möglich, die Einkommensanteile differenziert nach Dezil oder Quintil im Verlaufe der Zeit zu betrachten, um Veränderungen in bezug auf die Einkommensungleichheit festzustellen.

Das relative Konzept in Deutschland

Eine allgemein anerkannte Praxis der empirischen Abgrenzung der oberen und unteren Einkommensränder existiert allerdings nicht. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) verwendet ein relatives Konzept zur Definition der Mittelschicht, das sich an der Berechnung der Armutsgefährdungsquote orientiert. Die Armutsgefährdungsquote ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und wird – entsprechend dem EU-Standard – definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt. Alle Haushalte, die über ein Äquivalenzeinkommen verfügen, das zwischen 70% und 150% des Medianeinkommens liegt, werden der Mittelschicht zugeordnet. Im Jahr 2009 betrug der Anteil der Personen in privaten Haushalten in Deutschland mit einem mittleren Einkommen 61.5 Prozent (DIW 2010). Diese Definition erlaubt es, Veränderungen in der Grösse des Mittelstandes im Verlaufe der Zeit zu beobachten.

Wird dieses relative Konzept mit dem aktuell verfügbaren Medianwert des Bruttoäquivalenzeinkommens von 5'705 Franken pro Monat (BFS, HABE 2007) angewendet, ergeben sich unter Berücksichtigung der Grenzen von 70 bis 150 Prozent für einen Einpersonenhaushalt die Einkommensgrenzen von 48'000 Franken bzw. 103'000 Franken. Unter Einbezug der Einkommensentwicklung der letzten drei Jahre decken sich die Ergebnisse recht gut. In allen nachfolgend zitierten Studien wird der **Mittelstand also immer etwas breiter definiert als in der absoluten Definition** des Auftraggebers.

⁷ In Deutschland wird für Privathaushalte mit einem mittleren Haushaltseinkommen in der Regel der Begriff «Mittelschicht» verwendet. In der Schweiz werden die Begriffe «Mittelstand» und «Mittelschicht» vielfach als Synonyme verwendet. In der vorliegenden Studie wird der zwar wissenschaftlich weniger präzise, aber in der Umgangssprache häufiger verwendete Begriff «Mittelstand» verwendet.

3 Wie hat sich die Lage des Mittelstandes verändert?

Hat der Mittelstand Einkommensanteile gewonnen oder verloren? Wie verteilt sich das Einkommen auf die einkommensschwachen Haushalte und wie auf die einkommensstärksten Haushalte? Wie gross ist der Mittelstand überhaupt und ist er in den letzten Jahren kleiner oder grösser geworden? In diesem Kapitel werden diese Fragen mit Hilfe der aktuell publizierten Daten des Bundesamtes für Statistik und einer Literaturanalyse beantwortet. Im Zentrum steht dabei die Analyse der Einkommensungleichheit respektive der Verteilung des Einkommens im Allgemeinen und im Speziellen in Bezug auf den Mittelstand. Nach der Darstellung der Einkommenssituation in der Schweiz in Abschnitt 3.1 erlaubt ein Vergleich mit der Situation des Mittelstandes in Deutschland in Abschnitt 3.2 eine Einschätzung im grösseren Zusammenhang.

3.1 Situation in der Schweiz

Die folgenden Ausführungen zur Einkommensverteilung in der Schweiz orientieren sich an der Publikation des BFS (2007) zur finanziellen Situation der privaten Haushalte und ergänzen die Resultate mit aktuelleren Zahlen. Die Zahlen zur Einkommensverteilung in der Schweiz basieren einerseits auf der Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE) für die Jahre 2000 – 2005 und auf der Haushaltsbudgeterhebung (HABE) für die Jahre 2006 – 2008.

Die seit 2000 durchgeführte **Einkommens- und Verbrauchserhebung** wurde 2006 einer Revision unterzogen und **neu als Haushaltsbudgeterhebung** bezeichnet. Dabei wurde unter anderem das Bruttoeinkommen neuen internationalen Definitionen angepasst. Insbesondere wurden die nicht-periodischen (oder sporadischen) Einkommen (z. B. Verkauf eines gebrauchten Fahrzeugs) nicht mehr im Bruttoeinkommen mitberücksichtigt. Deshalb lassen sich die Ergebnisse basierend auf der EVE nur beschränkt mit den Resultaten der HABE vergleichen. Das BFS hat die Neuberechnung der Daten für die Jahre 2000 bis 2005 nach neuer Definition in Aussicht gestellt, die Ergebnisse aber noch nicht publiziert. Wir erachten den Einfluss dieser neuen Definitionen auf die folgenden Ergebnisse vermutlich als gering und werden die Zahlen im Zeitverlauf darstellen. Die Zahlen im Zeitraum zwischen 2000 und 2005 beruhen dabei auf der EVE und die Angaben zwischen 2006 und 2008 auf der HABE. Im Rahmen der Interpretation der Ergebnisse muss der **Strukturbruch zwischen 2005 und 2006** jeweils mitgedacht werden und es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die für einen späteren Zeitpunkt vom BFS in Aussicht gestellten korrigierten Daten für die Jahre 2000 bis 2005 leichte Korrekturen erfahren werden.

Wir verwenden für die folgende Analyse für die Jahre 2006, 2007 und 2008 die uns vom BFS gelieferten Daten. Das BFS hat dabei zur besseren Vergleichbarkeit zwischen den Jahren eine Datenkorrektur gegenüber den publizierten Daten vorgenommen. An dieser Stelle ebenfalls erwähnt wird die folgende Korrektur, die seit 2000 immer vorgenommen, aber erstmals bei der Publikation der Daten für das Jahr 2008 explizit aufgeführt wurde: «*Um den Einfluss von Extremwerten zu reduzieren, wurden für die Berechnung der Dezilgruppen das unterste und das oberste Prozent der Werte ausgeschlossen.*» (BFS, HABE 2008).⁸

Die Analyse der Einkommensverteilung erfolgt auf **drei Einkommensebenen**:

⁸ Eine Modellrechnung mit Daten der direkten Bundessteuer aus dem Jahr 2007 zeigt, dass der Einfluss dieser Korrektur vor allem auf das 5. Quintil beträchtlich ist. Der Anteil des 5. Quintil steigt unter Berücksichtigung auch der (wenigen und deshalb in einer Stichprobe schwierig zu erfassenden) hohen Einkommen um rund drei Prozentpunkte an, die Anteil der anderen Einkommensgruppen vermindern sich entsprechend.

v Das **Bruttohaushaltseinkommen** fasst alle Einkommen sämtlicher Mitglieder eines Privathaushalts zusammen. Dazu gehören der Bruttolohn (vor den Sozialabzügen), die Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit, Transferleistungen wie Renten und Alimente, die Zinsen, Naturalbezüge (Naturalleistungen des Arbeitgebers, Geschenke, Produkte aus dem eigenen Garten), Rückvergütungen usw.

v Das **verfügbare Einkommen** wird berechnet, indem man vom Bruttohaushaltseinkommen die Zwangsausgaben abzieht. Dabei handelt es sich um obligatorische Auslagen wie beispielsweise die Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV-Beiträge, berufliche Vorsorge usw.), die Steuern, die Prämien der obligatorischen Krankenversicherung, die regelmässigen Transferzahlungen an andere Haushalte (z.B. Alimente) und die Liegenschaftssteuern für den Hauptwohnsitz. Das verfügbare Einkommen beträgt rund 70 Prozent des Bruttohaushaltseinkommens.

v Das **kurzfristig verfügbare Einkommen** eines Haushalts wird berechnet, indem man vom verfügbaren Einkommen die periodischen Ausgaben mit längerfristiger Verpflichtung wie z. B. Ausgaben für das Wohnen oder Beiträge an die 3. Säule abzieht. Das kurzfristig verfügbare Einkommen beträgt rund 54 Prozent des Bruttohaushaltseinkommens (BFS, HABE 2007).

Die Verteilung der Einkommen in der Schweiz

In **Tabelle 3** sind die **Einkommensanteile der privaten Haushalte** nach Einkommensgruppen für die Jahre 2006 bis 2008 aufgeführt.

Das Fünftel der Haushalte in der Schweiz mit dem tiefsten Äquivalenzeinkommen (die «**einkommensschwachen Haushalte**») verfügten im Jahr 2008 über 9.8 Prozent des gesamten Bruttoäquivalenzeinkommens. Nach den obligatorischen Ausgaben für Sozialversicherungen, Steuern und Krankenkasse (Grundversicherung) beträgt ihr verfügbares Einkommen noch 9.5 Prozent des insgesamt verfügbaren Einkommens. Wenn zudem die Ausgaben mit längerfristiger Verpflichtung (Wohnen) abgezogen werden, beträgt ihr Anteil am kurzfristig verfügbaren Äquivalenzeinkommen noch 7.2 Prozent.

Tabelle 3: Äquivalenzeinkommen 2006 bis 2008, Einkommensanteile in %

Einkommensklasse	Brutto-Äquivalenzeinkommen			Verfügbares Äquivalenzeinkommen			Kurzfristig verfügbares Äquivalenzeinkommen		
	2006	2007	2008	2006	2007	2008	2006	2007	2008
Einkommensschwache HH	9.9%	9.5%	9.8%	9.6%	9.2%	9.5%	7.5%	7.0%	7.2%
Unterer Mittelstand	14.2%	14.1%	14.0%	14.5%	14.3%	14.3%	13.7%	13.4%	13.3%
Mittlerer Mittelstand	18.1%	18.0%	18.0%	18.4%	18.3%	18.2%	18.2%	18.1%	18.1%
Oberer Mittelstand	23.1%	23.0%	23.1%	23.4%	23.3%	23.3%	23.8%	24.2%	24.1%
Einkommensstarke HH	34.7%	35.5%	35.2%	34.1%	34.8%	34.7%	36.9%	37.3%	37.2%

Quelle: HABE (2006 bis 2008); eigene Darstellung

Der **untere Mittelstand** (2. Quintil) verfügte im Jahr 2008 über 14.0 Prozent der Gesamteinkommens, über 14.3 Prozent des verfügbaren Einkommens und über 13.3 Prozent des kurzfristig verfügbaren Einkommens. Der **mittlere Mittelstand** (3. Quintil) weist bei allen drei Einkommensgruppen sehr konstante Anteile von etwas über 18 Prozent auf. Der **obere Mittelstand** (4. Quintil) verfügte im Jahr 2008 über 23.1 Prozent des Bruttoeinkommens, über 23.3 Prozent des verfügbaren Einkommens und über 24.1 Prozent des kurzfristig verfügbaren Einkommens. Die **einkommensstärksten Haushalte** (5. Quintil) verfügten im Jahr 2008 über 35.2 Prozent des Bruttoeinkommens, einen leicht tieferen Anteil von 34.7 Prozent am verfügbaren Einkommen (wahrscheinlich als Folge der progressiv ausgestalteten Einkommenssteuern) und einen Anteil von 37.2 Prozent am kurzfristig verfügbaren Einkommen.

Die **Einkommensungleichheit** zeigt sich in dieser Tabelle jeweils in der **Differenz** zwischen den Einkommensanteilen und der Grösse der Einkommensklasse. Eine absolute Einkommensgleichheit wäre erreicht, wenn auf jedes Quintil 20 Prozent des Einkommens fällt. Je grösser die Differenz gegen oben oder unten zum 20%-Anteil ausfällt, desto ungleicher ist das Einkommen verteilt.

Für die einkommensschwächsten Haushalte bedeuten die obligatorischen Abgaben und längerfristigen Verpflichtungen im Verhältnis zu ihrem Einkommen eine deutlich **grössere finanzielle Belastung** (d.h. ihr Anteil von 9.8 Prozent am Bruttoeinkommen sinkt auf einen Anteil von 7.2 Prozent am kurzfristig verfügbaren Einkommen) als für die Haushalte im Mittelstand und für die einkommensstärksten Haushalte. Der Anteil der einkommensstarken Haushalte steigt von 35.2 Prozent beim Bruttoeinkommen auf 37.2 Prozent beim kurzfristig verfügbaren Einkommen. Aus dem Verhältnis dieser beiden Anteile kann die Kennzahl Q5/Q1 (oder S80/S20) berechnet werden. Ein einkommensstarker Haushalt verfügte im Jahr 2008 im Durchschnitt über **3.6 mal** soviel Bruttoäquivalenzeinkommen, über **3.7 mal** soviel verfügbares Äquivalenzeinkommen und über **5.1 mal** soviel kurzfristig verfügbares Äquivalenzeinkommen wie ein einkommensschwacher Haushalt.

Die Entwicklung der Einkommensanteile in der Schweiz

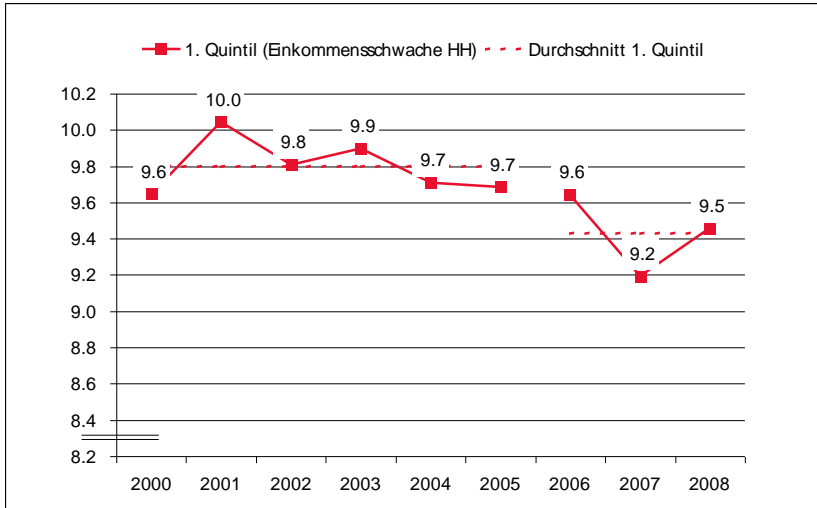
Die Beschreibung der Einkommensungleichheit und deren Entwicklung im Verlaufe der Zeit wird anhand der Einkommensanteile am **verfügbaren Äquivalenzeinkommen** dargestellt, um zu analysieren, welche Einkommensklassen Einkommen dazu gewonnen oder verloren haben.⁹

Die **Einkommensanteile der einkommensschwächsten Haushalte** (1. Quintil) variieren in der Periode 2000 bis 2005 nur geringfügig zwischen 9.6 und 10 Prozent (siehe **Abbildung 1**). Der Rückgang von 9.7 Prozent auf 9.6 Prozent von 2005 und 2006 kann als Folge des Wechsels in der Definition zwischen EVE und HABE nicht abschliessend beurteilt werden. Von 2006 bis 2007 fällt der Einkommensanteil dann deutlich von 9.6 auf 9.2 Prozent (-0.4 Prozentpunkte), um im Jahr 2008 wieder auf 9.5 Prozent anzusteigen. Wie weit solche **Veränderungen zwischen einzelnen Jahren** statistisch signifikant oder auf statistische Zufälligkeiten zurückzuführen sind, kann mit den vorhandenen Daten nicht geprüft werden. Veränderungen zwischen einzelnen Jahren sollten deshalb immer mit Vorsicht betrachtet und nur mit Zurückhaltung interpretiert werden.

Abbildung 1: Anteile am verfügbaren Einkommen der einkommensschwachen Haushalte in %

⁹ Für die anderen Einkommensebenen (Bruttoäquivalenzeinkommen und kurzfristig verfügbares Einkommen) waren die Daten für die Jahre 2000 bis 2003 und 2005 nicht verfügbar.

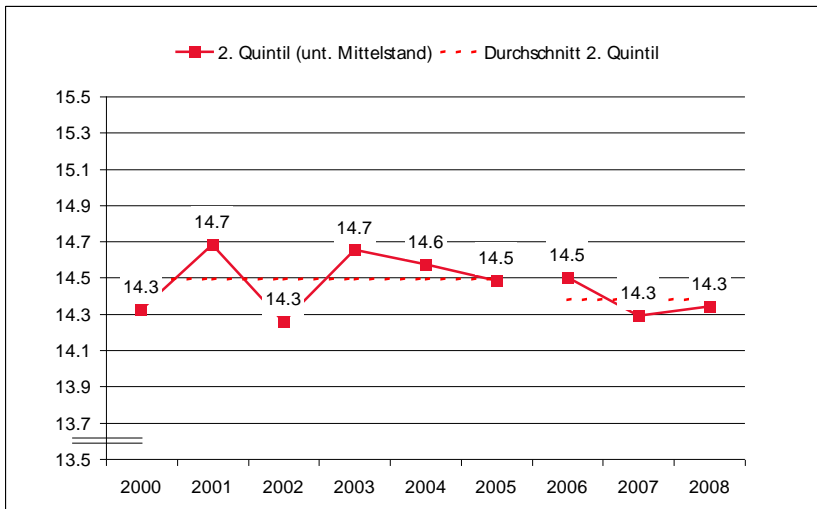
3 Wie hat sich die Lage des Mittelstandes verändert?



Bemerkungen: Die unterbrochene Linie zwischen den Jahren 2005 und 2006 steht für den Wechsel der Datengrundlage von EVE zu HABE. Die zwei Zeitreihen 2000 – 2005, bzw. 2006 – 2008 müssen einzeln interpretiert werden.
Quelle: EVE (2000 bis 2005), HABE (2006 bis 2008); eigene Darstellung

In **Abbildung 2** sind die **Einkommensanteile des unteren Mittelstandes** in Prozent des verfügbaren Gesamteinkommens aufgeführt. Der Einkommensanteil des unteren Mittelstandes schwankt zwischen 2000 und 2005 zwischen 14.3 und 14.7 Prozent (Durchschnitt: 14.5%). Im Zeitraum 2006 bis 2008 **sinkt der Einkommensanteil** des unteren Mittelstandes von 14.5 auf 14.3 Prozent.

Abbildung 2: Einkommensanteile des unteren Mittelstandes in % am verfügbaren Gesamteinkommen

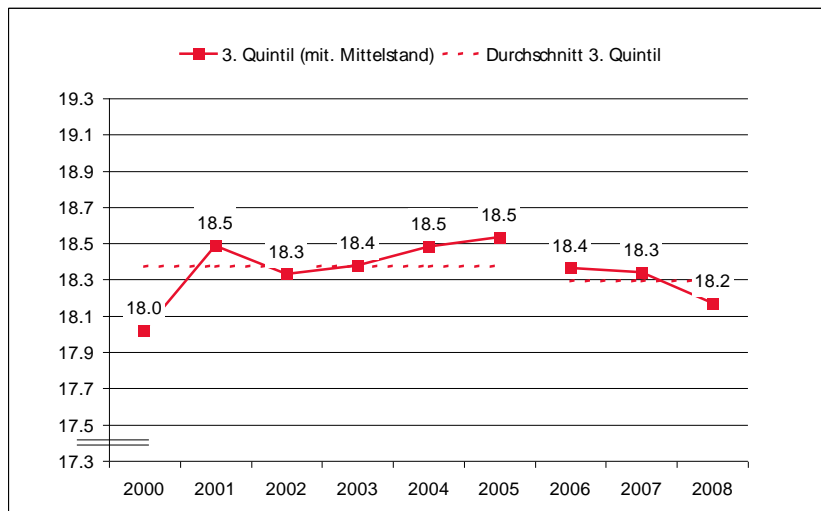


Bemerkungen: Die unterbrochene Linie zwischen den Jahren 2005 und 2006 steht für den Wechsel der Datengrundlage von EVE zu HABE. Die zwei Zeitreihen müssen einzeln interpretiert werden.
Quelle: EVE (2000 bis 2005), HABE (2006 bis 2008); eigene Darstellung

3 Wie hat sich die Lage des Mittelstandes verändert?

Von 2000 bis 2001 stieg der Einkommensanteil des **mittleren Mittelstandes** von 18.0 auf 18.5 Prozent (siehe **Abbildung 3**) an. Zwischen 2001 und 2005 schwankt der Einkommensanteil zwischen 18.5 und 18.3 Prozent. Von 2006 bis 2008 **sinkt der Einkommensanteil** des mittleren Mittelstandes von 18.4 auf 18.2 Prozent.

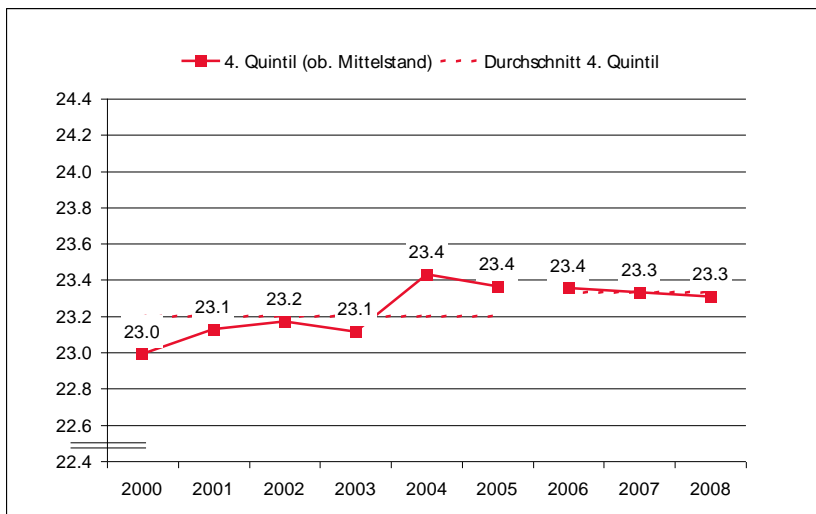
Abbildung 3: Einkommensanteile des mittleren Mittelstandes in % am verfügbaren Gesamteinkommen



Bemerkungen: Die unterbrochene Linie zwischen den Jahren 2005 und 2006 steht für den Wechsel der Datengrundlage von EVE zu HABE. Die zwei Zeitreihen müssen einzeln interpretiert werden.
 Quelle: EVE (2000 bis 2005), HABE (2006 bis 2008); eigene Darstellung

In **Abbildung 4** sind die Einkommensanteile des **oberen Mittelstandes** aufgeführt. In der Periode 2000 bis 2005 steigen die Einkommensanteile von 23.0 auf 23.4 Prozent. In der Periode 2006 bis 2008 verharrt der Einkommensanteil des oberen Mittelstandes auf einem Niveau von 23.4 respektive 23.3 Prozent.

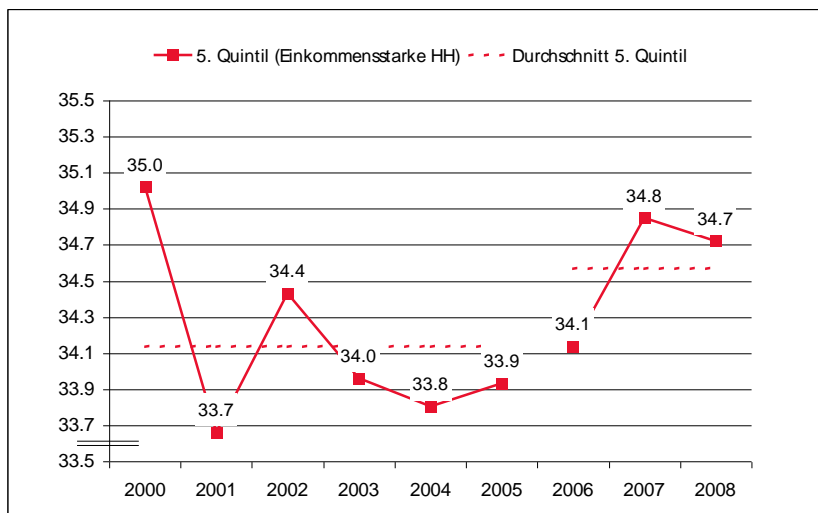
Abbildung 4: Einkommensanteile des oberen Mittelstandes in % am verfügbaren Gesamteinkommen



Bemerkungen: Die unterbrochene Linie zwischen den Jahren 2005 und 2006 steht für den Wechsel der Datengrundlage von EVE zu HABE. Die zwei Zeitreihen müssen einzeln interpretiert werden.
Quelle: EVE (2000 bis 2005), HABE (2006 bis 2008); eigene Darstellung

Die Einkommensanteile der **einkommensstarken Haushalte** sind zwischen 2000 und 2001 von 35.0 auf 33.7 Prozent deutlich gesunken (siehe **Abbildung 5**). Im Zeitraum 2001 bis 2005 bewegen sich die Anteile zwischen 33.7 und 34.4 Prozent. Von 2006 auf 2007 erfolgte dann wieder ein **deutlicher Anstieg** von 34.1 auf 34.8 Prozent (+ 0.7 Prozentpunkte). 2008 geht der Einkommensanteil der einkommensstarken Haushalte auf 34.7 Prozent leicht zurück.

Abbildung 5: Einkommensanteile der einkommensstarken Haushalte in % am verfügbaren Gesamteinkommen



Bemerkungen: Die unterbrochene Linie zwischen den Jahren 2005 und 2006 steht für den Wechsel der Datengrundlage von EVE zu HABE. Die zwei Zeitreihen müssen einzeln interpretiert werden.
Quelle: EVE (2000 bis 2005), HABE (2006 bis 2008); eigene Darstellung

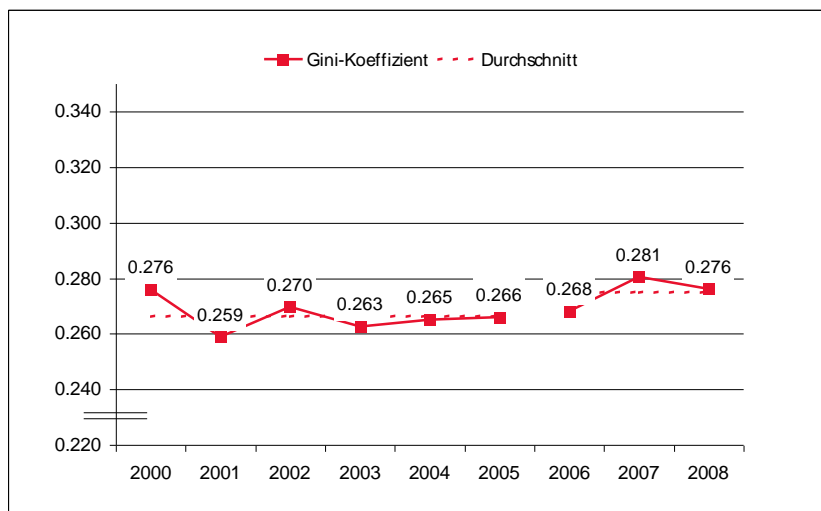
Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die **Einkommensanteile in der Periode von 2001 bis 2005 kaum verändert haben**. Im Jahr vorher, d.h. zwischen 2000 und 2001 stiegen die Anteile am verfügbaren Einkommen der einkommensschwachen Haushalte und sanken die Einkommensanteile der einkommensstarken Haushalte deutlich und der Mittelstand (2. bis 4. Quintil) konnte seinen Anteil am verfügbaren Einkommen von 55.3 Prozent auf 56.3 Prozent erhöhen.

Zwischen 2006 und 2008 **sinken die Einkommensanteile der einkommensschwachen Haushalte** leicht von 9.6 Prozent auf 9.5 Prozent. Die **einkommensstarken Haushalte** haben in der gleichen Zeit **Einkommen dazu gewonnen** (von 34.1 auf 34.7 Prozent). Der Einkommensanteil des **Mittelstandes** (2. bis 4. Quintil) **sinkt** zwischen 2006 und 2008 von 56.2 auf 55.8 Prozent um **0.4 Prozentpunkte**.

Die Entwicklung der Einkommensunterschiede in der Schweiz

Die Entwicklung der Einkommensungleichheit kann anhand des Gini-Koeffizienten¹⁰ aufgezeigt werden. Die Einkommensungleichheit gemessen am verfügbaren Äquivalenzeinkommen nimmt zwischen 2000 und 2001 deutlich ab. In der Periode 2001 bis 2005 schwankt der Gini-Index zwischen 0.259 und 0.270 (**Abbildung 6**). Zwischen 2006 und 2007 nimmt die Einkommensungleichheit relativ stark zu, um 2008 wieder leicht abzunehmen. Der Gini-Index im Jahr 2008 liegt mit einem Wert von 0.276 immer noch leicht höher als im Jahr 2006 mit 0.268. Die **Zunahme in der Einkommensungleichheit zwischen 2006 und 2008** ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die **einkommensstarken Haushalte an Einkommen dazu gewonnen haben und gleichzeitig der untere sowie der mittlere Mittelstand Anteile am verfügbaren Einkommen verloren haben**, wie die obigen Ausführungen gezeigt haben.

Abbildung 6: Einkommensungleichheit im Zeitverlauf (Gini-Koeffizient)



Bemerkungen: Der Gini-Koeffizient wurde basierend auf Dezilangaben berechnet. Die unterbrochene Linie zwischen den Jahren 2005 und 2006 steht für den Wechsel der Datengrundlage von EVE zu HABE. Die zwei Zeitreihen müssen einzeln interpretiert werden. Quelle: EVE (2000 bis 2005), HABE (2006 bis 2008); eigene Berechnungen

Eine Studie im Auftrag der Eidgenössischen Steuerverwaltung (Peters 2010) kommt für die Zeitperiode zwischen 2003 und 2006 zum gleichen Fazit. Der Gini-Index, berechnet auf Basis des **steuerbaren Einkommens**, ist in der ganzen Schweiz von 0.37 im Jahr 2003 auf 0.38 im Jahr 2006 **angestiegen**. Andere Studien (vgl. OECD 2008) haben für die Zeitspanne zwischen Mitte der 1990er Jahren und Mitte der 2000er Jahren für die Schweiz keine Veränderung in der Einkommensungleichheit festgestellt.

Die Einkommensungleichheit kann grundsätzlich für alle drei Einkommensstufen (Bruttoeinkommen, verfügbares Einkommen und kurzfristig verfügbares Einkommen) berechnet werden. Leider stehen für

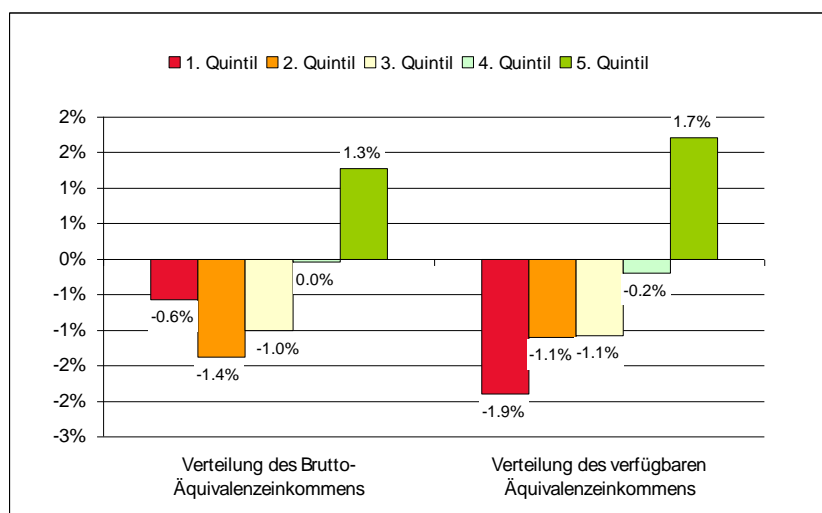
¹⁰ Der Gini-Index oder Gini-Koeffizient ist ein Mass der (Un-)Gleichverteilung. Er kann Werte zwischen Null (Gleichverteilung: alle haben gleichviel) und Eins (maximale Ungleichverteilung: einer hat alles, alle anderen nichts) annehmen.

3 Wie hat sich die Lage des Mittelstandes verändert?

die Jahre 2000 bis 2005 nur die Daten zum verfügbaren Einkommen zur Verfügung. Wie bereits in den Ausführungen zu **Tabelle 3** festgestellt, sind die Einkommensunterschiede beim kurzfristig verfügbaren Einkommen am grössten. So zeigt der Gini-Index im Jahr 2008 beim **kurzfristig verfügbaren Einkommen** einen Wert von **0.329**. Der Gini-Index des Bruttoeinkommens und des verfügbaren Einkommens beträgt je rund 0.28. Dieses Resultat überrascht nicht, denn im Übergang vom verfügbaren zum kurzfristig verfügbaren Einkommen schlagen die **Wohnkosten** zu Buche. Vom freien Wohnungsmarkt wird keine umverteilende Wirkung in einem ausgleichenden Sinn (d.h. von oben nach unten) erwartet, alle kämpfen mit gleich langen Spiessen. **Bei einem kleinen Budget bleibt nach Abzug der Wohnkosten aber ein proportional kleinerer Anteil übrig**, so dass die **relative Ungleichheit grösser wird** (BFS 2007, 47).

Vergleicht man die **Entwicklung der Einkommensanteile** zwischen 2006 und 2008 (vgl. **Abbildung 7**, bzw. Tabelle 4), stellt man fest, dass die einkommensstarken Haushalte (5. Quintil) ihre Einkommensanteile zwischen 2006 und 2008 erhöhen konnten. Diese Steigerung ging **zu Lasten der Haushalte des Mittelstandes** sowie **der einkommensschwachen Haushalte**. Bei der Interpretation von **Abbildung 7** ist zu beachten, dass es sich relative Veränderungen handelt, eine Reduktion des Anteils der einkommensschwachen Haushalte am verfügbaren Einkommen um 0.2 Prozentpunkte relativ betrachtet einer Reduktion von 1.9 Prozent entspricht, die Erhöhung des Anteils der einkommensstarken Haushalte um 0.6 Prozentpunkte dagegen nur einer Zunahme von 1.7 Prozent entspricht. Bei der Interpretation muss berücksichtigt werden, dass ein Vergleich zwischen zwei Zeitpunkten keinen Trend abbilden kann. Bei einer anderen Wahl der Vergleichsjahre können die Ergebnisse auch anders ausfallen.

Abbildung 7: Veränderung der Einkommensanteile in % (2006/2008) differenziert nach Einkommenskategorie



Quelle: HABE (2006 bis 2008); eigene Berechnungen

Befindlichkeit des Mittelstandes

Neben der tatsächlichen finanziellen Situation ist die Befindlichkeit des Mittelstandes ein zusätzliches Indiz für die Lage des Mittelstandes. GFS Bern hat 2010 im Auftrag des «Beobachters» 500 Schweizer Mittelstandsfamilien zur Zukunftserwartung befragt. Die Mehrheit der Mittelstandsfamilien geht davon aus, dass es ihr in den kommenden fünf Jahren wirtschaftlich betrachtet gleich gut gehen wird wie heute. 25 Prozent der befragten Familien rechnen mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen

Situation und 10 Prozent mit einer Verschlechterung. Starke Abstiegsängste sind in den Mittelstandsfamilien kaum verbreitet, schwache Ängste jedoch oft. Als die **wichtigsten Ursachen** für Abstiegsängste werden **Immigration** und **Krankheit** angeführt. 31 Prozent der Befragten machen sich starke Sorgen, dass die Einwanderung von Ausländer/innen zu einer Verschlechterung der eigenen wirtschaftlichen Situation führen könnte. Im unteren Mittelstand sind es 37 Prozent, im mittleren Mittelstand 24 Prozent und im oberen Mittelstand nur 6 Prozent, die sich stark vor der Zuwanderung fürchten (GFS Bern 2010).

3.2 Situation in Deutschland

Zur Entwicklung des Mittelstandes und zur Entwicklung der Einkommensverteilung in Deutschland wurden in den letzten Monaten drei Studien präsentiert.

Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Goebel et al. 2010) untersuchte die Einkommensverteilung der privaten Haushalte in Deutschland **seit 1993** basierend auf dem bedarfsgewichteten Nettohaushaltseinkommen (= Einkommen abzüglich Steuern/Sozialabgaben zuzüglich erhaltener Transfers). Die Autoren definieren drei Einkommensklassen: 1) Niedrige Einkommen (Haushaltseinkommen von weniger als 70 Prozent des Medians), 2) Mittlere Einkommen (Haushaltseinkommen von mindestens 70, aber nicht mehr als 150 Prozent des Medianeinkommens), 3) Hohe Einkommen (Haushaltseinkommen von mehr als 150 Prozent des Medians). Die Autoren stellen fest, dass in Deutschland seit 1993 eine relative und absolute Einkommenspolarisierung stattgefunden hat. Einerseits ist die mittlere Einkommensgruppe im Hinblick auf die beiden anderen Gruppen geschrumpft (= relative Einkommenspolarisierung) und andererseits erhöhten sich die Differenzen im Durchschnittseinkommen zwischen den drei Einkommensgruppen (= absolute Einkommenspolarisierung). **Der Anteil der Haushalte mit geringem Einkommen stieg von 19 Prozent 2004 auf fast 22 Prozent 2009.** Parallel dazu stellen die Autoren auch eine Zunahme der Anteile der Haushalte mit mehr als 150 Prozent des Medianeinkommens fest. **Die Schicht der Haushalte mit mittleren Einkommen ist in den vergangenen Jahren deutlich geschrumpft.** Die Autoren fügen an, dass der Trend zur *shrinking middleclass* mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 vorläufig gestoppt worden ist. Der Anteil von Personen in Haushalten mit mittleren Einkommen stieg wieder von 60.9 Prozent im Jahr 2008 auf 61.5 Prozent 2009 an.

Auch der deutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2009) kommt zum Schluss, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland in den letzten Jahren zugenommen hat. Der Gini-Index für das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen steigt zwischen 1991 und 2007 von 0.26 auf 0.29.

Ein Bericht der OECD (2008) stellt für Deutschland zwischen Mitte der 1990er Jahren und Mitte der 2000er Jahren einen signifikanten Anstieg der Einkommensungleichheit fest. Gleichzeitig ist die Einkommensarmut (= Anteil der Personen mit einem Einkommen < 50 Prozent des Medianeinkommens) in Deutschland in der gleichen Periode signifikant angestiegen.

Der **Mittelstand ist in Deutschland in den letzten Jahren eindeutig kleiner geworden** und verdient im Vergleich zur Klasse mit höheren Einkommen weniger als noch vor 10 Jahren. Die Resultate für Deutschland zeigen auch, dass die Einkommensverteilung respektive Einkommensungleichheit und deren Veränderungen auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen reagieren. **Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten in der Mittelschicht ging von 64 Prozent im Jahr 2000 auf 55 Prozent im Jahr 2006 zurück.** Abhängige Beschäftigte in Teilzeit- oder geringfügiger Beschäftigung haben demgegenüber deutlich an Bedeutung gewonnen. Darüber hinaus hat in Deutschland eine Veränderung der

Haushaltsstruktur zur Zunahme der Einkommensungleichheit beigetragen. Der **Anteil der klassischen Haushalte ist in der Mittelschicht stark gesunken und die Gruppe der Alleinerziehenden hat an Bedeutung gewonnen** (Grabka 2008).

Eine Studie der OECD zeigt, dass die Ungleichheit zwischen Mitte der 1980er und Mitte der 2000er Jahren in einzelnen OECD-Ländern (inkl. Deutschland) zugenommen hat, weil die einkommensstarken Haushalte einen besonders starken Einkommenszuwachs verzeichnen konnten (OECD 2008). In wirtschaftlichen Aufschwungphasen nimmt die Ungleichheit bei den Lohneinkommen zu und in wirtschaftlichen Abschwungphasen geht die Lohnungleichheit zurück (Zürcher 2007). Ob dies auch auf die Zunahme der Unterschiede im Gesamteinkommen gilt, wird nicht ausgeführt. Grundsätzlich kann vermutet werden, dass die Einkommensungleichheit trotz Wachstum zunehmen kann. Es gibt aber auch Studien, welche explizit keinen Zusammenhang zwischen Wachstum und Ungleichheit postulieren (vgl. Dollar/Kraay 2002 und Ravallion/Chen 1997).

3.3 Fazit

Im Jahr 2001 nahm die Einkommensungleichheit in der Schweiz gegenüber dem Vorjahr deutlich ab. In der Periode 2001 bis 2005 ist die Einkommensungleichheit stabil oder leicht zunehmend. Zwischen 2006 und 2008 hat die Einkommensungleichheit insgesamt zugenommen. Der Gini-Index basierend auf dem verfügbaren Äquivalenzeinkommen ist von 0.268 auf 0.276 angestiegen, nach einem Wert von 0.281 im Jahr 2007. Die **Zunahme in der Einkommensungleichheit** ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der **untere und mittlere Mittelstand Einkommensanteile verloren** und die einkommensstarken Haushalte gleichzeitig Einkommensanteile dazu gewonnen haben. Der **Einkommensanteil des Mittelstandes am verfügbaren Einkommen reduzierte sich in dieser Zeit von 56.2 auf 55.8 Prozent**. Der gleiche Rückgang lässt sich für den unteren und mittleren Mittelstand auch beim Bruttoeinkommen und beim kurzfristig verfügbaren Einkommen nachweisen. **Es kann vermutet werden, dass der Mittelstand in der Schweiz in den letzten Jahren (2006 bis 2008) kleiner geworden ist**. Eine abschliessende Beantwortung der Frage ist mit den bestehenden Daten leider nicht möglich.

Die Entwicklung der Einkommensungleichheit in der Schweiz kann auch vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung betrachtet werden. Das Bruttoinlandprodukt der Schweiz ist 2006 und 2007 real jeweils um 3.6 Prozent gewachsen. Dies deckt sich mit dem deutlichen Anstieg der Einkommensanteile der einkommensstärksten Haushalte. 2008 hat sich das Wachstum verlangsamt (+1.9%) und 2009 verzeichnete die Schweiz ein negatives Wachstum von -1.9%. Es ist also durchaus möglich, dass die verstärkte Einkommensungleichheit in den Jahren 2007 und 2008 durch die Wirtschaftskrise im Jahr 2009 wieder ganz oder teilweise rückgängig gemacht wird.

4 Wie steigt man in den Mittelstand auf?

Wie viele Personen bewegen sich in den Mittelstand hinein und wie viele aus dem Mittelstand wieder heraus? Wie schnell gelangen Berufseinsteiger in den Mittelstand? Diese Fragen sollen aufgrund von empirischen Studien zur Einkommensmobilität in der Schweiz und in Deutschland beantwortet werden.

Im Rahmen der Einkommensmobilität (= Auf- bzw. Abstieg in eine andere Einkommensklasse) sind zwei Konzepte von Bedeutung:

- √ Die Einkommensmobilität einer Person im Verlauf ihres Lebens (auch Karrieremobilität oder intragenerationale Mobilität genannt) vergleicht die Einkommen einer Person im Zeitablauf.
- √ Die soziale Mobilität zwischen den Generationen (= intergenerationale Einkommensmobilität) vergleicht die Positionen (resp. das Einkommen) des Elternhauses mit der Position, die ein Individuum selbst erreicht hat. Dieses Konzept wird im Folgenden nicht weiter ausgeführt.

4.1 Daten zur Situation in der Schweiz

Drei Studien haben sich in den letzten Jahren mit der Einkommensmobilität einer Person in der Schweiz auseinandergesetzt. Die verwendeten Daten stammen aus den 1990er Jahren. Leider stehen keine aktuelleren Daten in der notwendigen Qualität zur Verfügung. Die Einkommenssituation der Haushalte ist in den aktuell verfügbaren Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung nur schlecht abgebildet, eine Auswertung der Daten für die aufgeführten Fragestellungen zur Mobilität ist nach Auskunft des BFS nicht sinnvoll.¹¹

Mit Daten der **Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE)** von 1991 bis 1999 untersuchten Streuli und Bauer (2002) die Situation der **Working Poor in der Schweiz**. Sie analysierten die **Einkommensmobilität der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter**, indem im Kontext einer Gesamtverteilungsstruktur die relative Position und die Positionsveränderung der Befragten unabhängig von ihrem Beschäftigungsgrad gemessen wurde. Für diese Untersuchung wurde für die gesamte ständige Wohnbevölkerung **zwischen 20 und 59 Jahren** – d.h. für Erwerbstätige und Nichterwerbstätige – die Zugehörigkeit zu Einkommensdezilen (je 10 Prozent der Bevölkerung) gemessen. Diese Einkommensdezile geben die relative Position der einzelnen Beobachtungen innerhalb der Gesamtbevölkerung an. Um das verfügbare Einkommen unter Berücksichtigung der Haushaltsgrösse und damit die effektive finanzielle Situation zu ermitteln, wurde das **verfügbare Äquivalenzeinkommen** verwendet. Die Zugehörigkeit zu einem Dezil des Äquivalenzeinkommens im Jahr t wurde dabei mit der Zugehörigkeit im Jahr $t-1$ verglichen. **Tabelle 5** zeigt die Wahrscheinlichkeiten des Übergangs von einem Jahr ins nächste. Die grau markierten Felder in der Tabelle zeigen jeweils die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person immer noch der gleichen Einkommensklasse angehört wie im Vorjahr. Die Felder rechts der grauen Felder auf der Diagonalen zeigen die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person im letzten Jahr in eine höheres Einkommensdezil aufgestiegen ist, die Felder links der Diagonale, dass diese Person im letzten Jahr in ein tieferes Einkommensdezil abgestiegen ist.

Tabelle 5 zeigt, dass die Verbleibswahrscheinlichkeiten am untersten und obersten Ende der Verteilung höher sind als in der die Mitte. Wer im obersten Einkommensdezil angelangt ist, verbleibt mit 60 Prozent Wahrscheinlichkeit auch im nächsten Jahr im obersten Einkommensdezil. Die Wahrscheinlichkeit eines Abstiegs beträgt dennoch beachtliche 40 Prozent.

¹¹ Das BFS wird in Zukunft seine Einkommensanalysen auf die SILC (Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen der Haushalte in der Schweiz) abstützen. Die ersten Primärdaten sind für 2011 in Aussicht gestellt worden.

Tabelle 5: Zugehörigkeit zu Äquivalenz-Einkommensdezilen nach Vorjahreszugehörigkeit in %

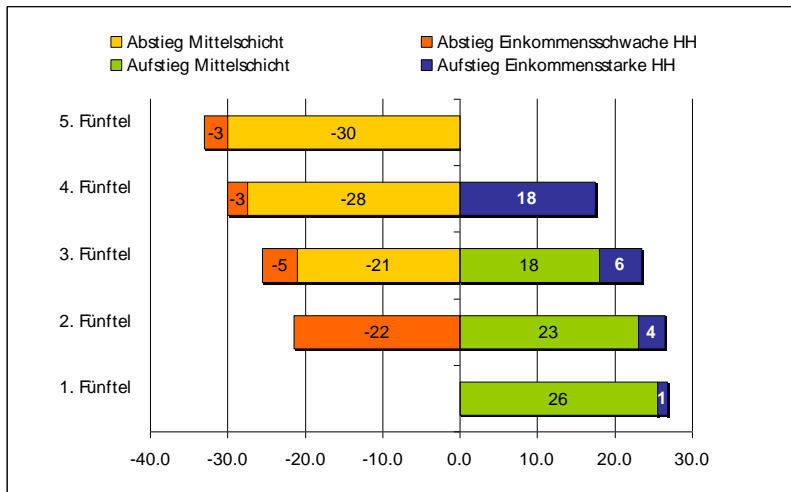
Jahr t-1/Jahr t	1. Dezil	2. Dezil	3. Dezil	4. Dezil	5. Dezil	6. Dezil	7. Dezil	8. Dezil	9. Dezil	10. Dezil
1. Dezil	62	19	6	3	3	2	1	1	1	2
2. Dezil	21	41	20	7	3	2	2	1	1	1
3. Dezil	8	21	35	17	7	3	3	2	1	2
4. Dezil	5	9	20	32	16	8	4	3	2	2
5. Dezil	2	3	8	21	32	17	8	4	2	2
6. Dezil	2	2	4	9	22	31	16	8	4	3
7. Dezil	1	2	2	4	9	21	33	17	7	4
8. Dezil	1	1	2	3	4	10	21	35	18	6
9. Dezil	1	1	1	1	2	4	8	22	44	17
10. Dezil	2	2	2	2	3	4	4	7	18	60

Bemerkungen: Datengrundlage ist die SAKE von 1991 bis 1999; Die Randsummen ergeben aufgrund von Rundungsdifferenzen nicht in jedem Fall 100. Lesebeispiel: 21 Prozent aller Personen, die sich im Vorjahr im 2. Dezil befanden, erzielen im Folgejahr ein Einkommen im 1. Dezil. Quelle: Streuli und Bauer (2002); eigene Darstellung

Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person aus dem unteren Mittelstand (2. Fünftel bzw. 3. und 4. Dezil) in den 1990er Jahren in die Gruppe der einkommensschwachen Haushalte (1. Fünftel/1. + 2. Dezil) abstieg, betrug 22 Prozent (siehe **Abbildung 8**). Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person aus dem mittleren Mittelstand (3. Fünftel) und dem oberen Mittelstand (4. Fünftel) in die unterste Einkommensgruppe abstieg, betrug 4.5 respektive 2.5 Prozent. Die Abstiegswahrscheinlichkeiten sind für Personen aus diesen zwei Einkommensgruppen um rund 5 respektive 10 Mal geringer als für Personen aus dem unteren Mittelstand. Nimmt man die drei Gruppen des Mittelstandes zusammen (2. bis 4. Fünftel) beträgt die Wahrscheinlichkeit eines Abstiegs in die Gruppe der einkommensschwachen Haushalte 9.5 Prozent, d.h. **rund jede 10. Person stieg in den 1990er Jahren aus dem Mittelstand im Verlauf eines Jahres ab**. Die Wahrscheinlichkeit eines Aufstiegs aus dem Mittelstand in die Gruppe der einkommensstärksten Haushalte betrug 9 Prozent.¹² Die Wahrscheinlichkeit eines Aufstiegs aus der Gruppe der einkommensschwachen Haushalte in den Mittelstand beträgt 26 Prozent, der Aufstieg in die Gruppe der einkommensstarken Haushalte 1 Prozent. **Fast jeder dritte einkommensschwache Haushalt stieg innerhalb eines Jahres in den Mittelstand oder in die Gruppe der einkommensstarken Haushalte auf**. Dies bedeutet jedoch nicht, dass ein Haushalt nach einem Aufstieg auch in den Folgejahren im Mittelstand verbleiben wird. Viele Haushalte werden in einem der folgenden Jahre vermutlich wieder absteigen.

¹² Ob die kleine Differenz signifikant oder zufällig ist kann hier nicht abschliessend beurteilt werden.

Abbildung 8: Auf- und Abstiegschancen in Bezug auf das verfügbare



Äquivalenzeinkommen

Quelle: Streuli/Bauer (2002); eigene Berechnung und Darstellung

Eine andere Studie (Zürcher 2007) untersuchte die **Mobilität bezüglich Erwerbseinkommen** ebenfalls mit SAKE-Daten in der Schweiz in den 1990er Jahren. **Tabelle 6** zeigt die Übergangswahrscheinlichkeiten in bezug auf das Erwerbseinkommen jeweils in einer Periode von zwei Jahren. Die Tabelle zeigt, dass an beiden Enden der Erwerbseinkommensverteilung die Verbleibswahrscheinlichkeiten (grau hinterlegte Felder) sehr hoch sind. Die **Lohnmobilität über eine Periode von zwei Jahren** verhält sich somit ähnlich wie die Mobilität der Einkommen in einer 1-Jahresperiode. Es erstaunt nicht, dass die Einkommensmobilität höher ist als die Lohnmobilität, weil bei der Entwicklung der verfügbaren Äquivalenzeinkommen die beiden Faktoren **1) Veränderung der Haushaltsgrösse** (Anzahl Personen) und **2) Veränderung des Erwerbsstatus**, d.h. die Aufnahme der Erwerbstätigkeit (z.B. nach abgeschlossener Ausbildung) oder die Aufgabe bzw. der Verlust der Erwerbstätigkeit aus gesundheitlichen oder wirtschaftlichen Gründen mit einfließen.

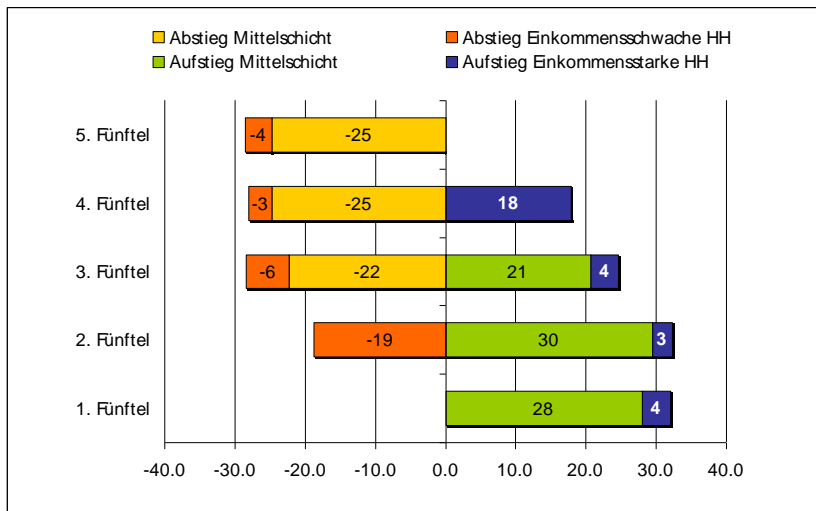
Tabelle 6: Mittlere 2-Jahres-Übergangswahrscheinlichkeiten (Löhne 1994 bis 1998)

Jahr t_0 /Jahr t_1	1. Dezil	2. Dezil	3. Dezil	4. Dezil	5. Dezil	6. Dezil	7. Dezil	8. Dezil	9. Dezil	10. Dezil
1. Dezil	56	20	8	4	2	2	2	1	2	3
2. Dezil	19	41	18	9	4	3	1	1	1	3
3. Dezil	8	17	33	18	12	6	3	1	1	2
4. Dezil	4	9	19	28	21	10	5	2	1	2
5. Dezil	3	5	9	22	26	19	10	5	2	1
6. Dezil	3	2	5	10	19	30	19	8	3	2
7. Dezil	2	2	3	4	8	20	30	23	7	2
8. Dezil	2	1	1	2	4	7	21	35	21	6
9. Dezil	2	1	1	2	1	2	6	21	46	18
10. Dezil	3	2	3	2	2	3	3	3	18	62

Bemerkungen: Die Randsummen ergeben aufgrund von Rundungsdifferenzen nicht in jedem Fall 100; Datengrundlage ist die SAKE. Quelle: Zürcher (2007); eigene Darstellung

Die Wahrscheinlichkeit aus dem Mittelstand in die unterste Einkommensgruppe (1. und 2. Dezil) abzustiegen, beträgt 9 Prozent und die Wahrscheinlichkeit vom Mittelstand in die oberste Einkommensgruppe (9. und 10. Dezil) aufzusteigen nur 8 Prozent. Laut Zürcher zeigt die Schweizer Lohnverteilung im Ländervergleich eine relativ hohe Mobilität, beispielsweise deutlich höher als in den USA.

Abbildung 9: Auf- und Abstiegschancen in 2 Jahren in Bezug auf das Lohneinkommen



Quelle: Zürcher (2007); eigene Berechnung und Darstellung

Abbildung 9 zeigt die Wahrscheinlichkeiten in einer Periode von zwei Jahren aus einer Einkommensgruppe (je 20%) in eine höhere oder tiefere Einkommensgruppe auf- bzw. abzustiegen. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person aus dem unteren Mittelstand (2. Fünftel) in Bezug auf das Lohneinkommen Mitte der 1990er Jahre in die Gruppe der einkommensschwachen Haushalte (1. Fünftel) abstieg, betrug 19 Prozent. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person aus dem mittleren Mittelstand (3. Fünftel) und dem oberen Mittelstand (4. Fünftel) mit seinem Erwerbseinkommen in die unterste Einkommensgruppe abstieg, betrug 6 respektive 3 Prozent.

Der Vergleich der Mobilität in Bezug auf das verfügbare Äquivalenzeinkommen mit der Lohnmobilität zeigt ein recht ähnliches Bild, wobei die Aufstiegschance für unteren Mittelstand (2. Fünftel) bezüglich Lohnmobilität leicht höher auszufallen scheint. Der deutlichste Unterschied zeigt sich für den mittleren Mittelstand (3. Fünftel). Hier sind sowohl die Abwärtsmobilität wie auch die Aufwärtsmobilität beim verfügbaren Äquivalenzeinkommen kleiner als die Mobilität des Erwerbseinkommens.

Der gleiche Autor hat in einer früheren Studie (Zürcher 2004) festgestellt, dass zwischen 1982 und 1992 einerseits die Mobilität im verfügbaren Einkommen zugenommen hat und in der gleichen Zeitspanne die Lohnmobilität zurückgegangen ist. Der Autor folgert, dass die staatliche Umverteilung die zunehmende Ungleichheit in den Lohnchancen (= sinkende Lohnmobilität) bis zu einem gewissen Grad kompensiert hat (Zürcher 2004, 287). Inwieweit die Mittelschicht in dieser Periode durch die Lohn- und Einkommensmobilität betroffen war, war nicht Gegenstand der Untersuchung.

4.2 Daten zur Situation in Deutschland

Grabka und Frick (2008) haben für Deutschland in zwei **Fünfjahreszeiträumen** mit einem deutlichen Wirtschaftswachstum (1996–2000) beziehungsweise einer wirtschaftlichen Stagnation (2002–2006) die Einkommensmobilität von Haushalten untersucht (siehe **Tabelle 7**). Vergleicht man die beiden Beobachtungszeiträume, so ist eine **Verfestigung der tiefen und der hohen Einkommensschichten** festzustellen. Während zwischen 1996 und 2000 nur rund 54 Prozent aller armutsgefährdeten

Personen auch nach fünf Jahren noch in dieser Einkommensschicht waren, lag die Verbleibenswahrscheinlichkeit für den Zeitraum 2002 und 2006 bei mehr als 66 Prozent. Auch für die einkommensstarken Haushalte hat die Verbleibenswahrscheinlichkeit von 64 Prozent auf 69 Prozent zugenommen. Die einkommensstarken Haushalte haben ihre Einkommensposition also in der zweiten Periode in einem höheren Masse halten können.

Tabelle 7: Einkommensmobilität von Haushalten in Deutschland 1996–2000 und 2002–2006

		Armutsgefährdete (< 70 % des Median)	Mittelschicht (70 bis unter 150 % des Median)	Einkommensstarke (150 % u.m. des Median)	Insgesamt
2000					
1996	Armutsgefährdete	54%	44%	2%	100%
	Mittelschicht	11%	79%	10%	100%
	Einkommensstarke	4%	33%	64%	100%
2006					
2002	Armutsgefährdete	66%	32%	2%	100%
	Mittelschicht	14%	75%	11%	100%
	Einkommensstarke	4%	28%	69%	100%

Bemerkungen: SOEP, Personen in Privathaushalten, bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres.
Lesehilfe: Die oberste Zeile gibt an, dass 54 Prozent der Personen, die 1996 eine Einkommensposition von weniger als 70 Prozent des Median hatten, auch 2000 in dieser Position waren.
Quelle: Grabka/Frick (2008); eigene Darstellung

Anders sind die Ergebnisse für den **Mittelstand** (Mittelschicht) in Deutschland: **Die Verbleibenswahrscheinlichkeit** (= Stabilitätskennziffer) ist von 79 Prozent **auf 75 Prozent leicht gesunken**. Die erhöhte Einkommensmobilität des Mittelstandes geht zusammen mit einer leicht höheren Wahrscheinlichkeit aufzusteigen und einer deutlich höheren Wahrscheinlichkeit abzustiegen: 14 Prozent (d.h. jeder 7. Haushalt) aus dem Mittelstand im Jahr 2002 befand sich vier Jahre später in der untersten Einkommensgruppe im Bereich der Armutsgefährdung. Im gleichen Zeitraum konnten 11 Prozent der Haushalte des Mittelstandes von 2002 bis 2006 in die oberen Einkommensschichten aufsteigen. Das heisst in der zweiten Betrachtungsperiode der wirtschaftlichen Stagnationsphase **überwog für den Mittelstand die Abwärtsmobilität**.

Die Autoren erklären die stärker ausgeprägte Abwärtsmobilität im Mittelstand mit dem erhöhten Risiko von Arbeitslosigkeit in der Phase des konjunkturellen Abschwungs. Die Autoren vermuten weiter, dass die Zunahme der Aufwärtsmobilität mit der zunehmenden Bedeutung von Einkommen aus Kapital und Einkommen aus selbständiger Arbeit (Unternehmensgewinne) zusammenhängt (Grabka/Frick 2008, 104).

Für die Zeitperioden 1992 bis 1995 und 2004 bis hat das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (vgl. Grabka/Frick 2008) die Einkommensmobilität für West- und Ostdeutschland berechnet. In den alten Bundesländern ist die Verbleibenswahrscheinlichkeit an den Rändern der Verteilung höher als in den neuen Bundesländern. In Westdeutschland bestehen also geringere Aufstiegschancen, aber auch Abstiegsrisiken. Als mögliche Ursache wird einerseits der höhere Anteil von Rentnerhaushalten in Westdeutschland und andererseits der höhere Anteil an Arbeitslosen im östlichen Teil Deutschlands angeführt. Arbeitslose Personen haben, sobald sie einen Arbeitsplatz finden, Aufstiegsmöglichkeiten, während die Einkommenspositionen eines Rentners oder einer Rentnerin mit dem Renteneintritt weitgehend bestimmt ist.

In Westdeutschland ist im Zeitvergleich eine Erhöhung der Verweildauer, d.h. eine Abnahme der Mobilität der Einkommen für die unterste und die oberste Einkommensgruppe zu beobachten. Für den Mittelstand ist dagegen in Westdeutschland eine Abnahme der Verbleibenswahrscheinlichkeit (d.h. eine Zunahme der Mobilität) festgestellt worden. So ist die Verbleibenswahrscheinlichkeit im unteren

Mittelstand (50 bis 80% des Medians) in Westdeutschland von 42 auf 34 Prozent gesunken. Die Wahrscheinlichkeit, aus dem unteren und mittleren Mittelstand in die Gruppe der armutsgefährdeten Haushalte abzustiegen, hat in Westdeutschland in der letzten 20 Jahren zugenommen und ist gleichzeitig deutlich höher als in Ostdeutschland (Sachverständigenrat in Deutschland 2009, 320).

4.3 Fazit

Die Daten der aktuellsten Studien zur Einkommensmobilität in der Schweiz stammen aus den 1990er Jahren. Grundsätzlich wird im Bereich des Mittelstandes eine **relativ hohe Einkommensmobilität sowohl beim Erwerbseinkommen als auch beim verfügbaren äquivalenten Haushaltseinkommen** festgestellt. Jeder 10. Haushalt aus dem Mittelstand (2. bis 4. Fünftel) ist im Verlauf eines Jahres in die Gruppe der einkommensschwachen Haushalte (1. Fünftel) abgestiegen.

Aktuellere Daten zur Einkommensmobilität sind für die Schweiz nicht vorhanden. Nach einer Studie von Ecoplan (2010) hat in den letzten Jahren in der Schweiz die Zahl von befristeten Arbeitsverhältnissen und Arbeit auf Abruf (= sog. atypisch-prekäre Arbeitsverhältnisse) zugenommen. Häufig sind atypisch-prekäre Arbeitsverhältnisse vor allem beim Übergang von der Erwerbs- bzw. Arbeitslosigkeit in ein Normalarbeitsverhältnis oder zwischen zwei Normalarbeitsverhältnissen. Die Folgen davon sind zeitliche und ökonomische Unsicherheit. Trotz der Konjunkturbelegung nahmen die atypisch-prekären Arbeitsverhältnisse seit 2004 nicht mehr ab, sondern – wenn auch leicht abgeschwächt – zu. Dies scheint auf eine Zunahme von Praktika und Arbeit auf Abruf zurückzuführen sein.

5 Wie ist die Lage des Mittelstandes in unterschiedlichen Regionen?

Die finanzielle Lage eines Haushaltes wird einerseits durch die **Höhe des (Erwerbs-)Einkommens**, durch die **Höhe der obligatorischen Abgaben** (insbesondere die Steuern) und durch die **Höhe des regionalen Preisniveaus** (bzw. die Kaufkraft¹³) bestimmt. Bei allen Faktoren sind massgebliche Unterschiede zwischen einzelnen Regionen in der Schweiz empirisch nachgewiesen.

Je tiefer das Preisniveau einer Region liegt, desto mehr kann sich ein Haushalt mit einem bestimmten Budget leisten. Eine Studie zu regionalen Preisindizes in der Schweiz (Oesch/Schärrier 2009) kommt zum Schluss, dass in der Schweiz regionale Unterschiede im Preisniveau bestehen und diese hauptsächlich durch die Mietpreise mitbestimmt werden. Aus diesem Grund stützen wir unsere Ausführungen auf Studien zu regionalen Unterschieden im kurzfristig verfügbaren Einkommen in der Schweiz. Regional unterschiedliche Preisniveaus werden dabei berücksichtigt, sofern sie sich in den Wohn- und Energiekosten niederschlagen. Regionale Preisniveauunterschiede in anderen Gütergruppen können aufgrund der fehlenden Datengrundlage nicht berücksichtigt werden.

5.1 Interregionale Unterschiede in den Abgaben und Wohnkosten

Credit Suisse (2008) erstellte die umfangreichste Studie zu den verfügbaren Einkommen in den Gemeinden und Kantonen der Schweiz. Sie berücksichtigt 4 Haushaltstypen (ledig, verheiratet ohne Kinder, verheiratet mit zwei Kindern, Rentnerehepaar), 7 Wohnungstypen, 101 Erwerbseinkommensklassen (0 bis 500'000 Franken) und 21 Vermögensklassen (0 bis 5 Mio. Franken). Das frei verfügbare Einkommen wurde für die rund 2'700 Schweizer Gemeinden berechnet. Die Berechnung des frei verfügbaren Einkommens zeigt Tabelle 8:

Tabelle 8: Berechnung des frei verfügbaren Einkommens

=	Erwerbseinkommen
+	Transfereinkommen
+	Vermögensertrag
=	Bruttoeinkommen
-	Steuern
-	Obligatorische Krankenversicherung
-	Sozialversicherungsbeiträge
=	verfügbares Einkommen
-	Wohnkosten
-	Nebenkosten
-	Energie und Elektrizität
=	frei verfügbares Einkommen

Quelle: Credit Suisse (2008); eigene Darstellung

Die Studie fasst die einzelnen Ergebnisse für alle Fallbeispiele in einem synthetischen **RDI-Indikator** (RDI = Regional Disposable Income) zusammen und erlaubt **Aussagen über die finanzielle Wohnattraktivität** jeder einzelnen Gemeinde. Der RDI-Indikator beschreibt das Verhältnis des frei verfügbaren Einkommens zum Bruttoerwerbseinkommen in einer bestimmten Gemeinde. Dabei werden die einkommensschwächsten Haushalte (1. Dezil) und die einkommensstärksten Haushalte (10. Dezil) von den Berechnungen ausgeschlossen. Die Aussagen sind demzufolge für einen durchschnittlichen Haushalt des breiten Mittelstandes gültig. Die Berechnung der frei verfügbaren Einkommen wurde auf

¹³ Die Kaufkraft des Geldes oder der Geldwert entspricht der für eine bestimmte Geldeinheit eintauschbaren Gütermenge.

Ebene der einzelnen Gemeinde durchgeführt und dann unter Berücksichtigung von regionalen Gewichtungen für die Kantone aggregiert.

Der RDI-Indikator des frei verfügbaren Einkommens wurde für den Schweizer Mittelwert gleich 0 gesetzt. Für die einzelnen Kantone ergeben sich Werte zwischen dem maximalen Wert von 1.5 (Kanton Appenzell Innerrhoden) und dem Minimum von -3.0 (Kanton Genf). In **Tabelle 9** sind die Kantone nach absteigender Höhe des RDI-Indikators aufgeführt. **Den höchsten Anteil an frei verfügbarem Einkommen** im Verhältnis zum Bruttoerwerbseinkommen weisen die Kantone **Appenzell Innerrhoden, Obwalden, Glarus, Thurgau, Appenzell Ausserrhoden und Schwyz** mit einem RDI-Indikator von über 1 auf. Diese Kantone weisen im Durchschnitt sind sowohl eine tiefe Belastung mit Steuern und Abgaben und als Folge der ländlichen Lage eher tiefe Mietkosten auf.

Tabelle 9: Frei verfügbares Einkommen in den Schweizer Kantonen (RDI-Indikator) 2008

Rang	Kanton	RDI	Fixkosten	Obligatorische Abgaben
1	Appenzell Innerrhoden	RDI > 1	-	-
2	Obwalden		-	-
3	Glarus		-	-
4	Thurgau		-	-
5	Appenzell Ausserrhoden		-	-
6	Schwyz		+	-
7	Solothurn	0 < RDI < 1	-	-
8	Schaffhausen		-	+
9	Nidwalden		+	-
10	Jura		-	+
11	Uri		-	+
12	Graubünden		-	-
13	St.Gallen		-	-
14	Aargau		+	+
15	Wallis		-	+
16	Freiburg		-	+
17	Luzern		-	-
18	Zug		+	-
19	Tessin		-	+
20	Bern		-	+
21	Neuenburg	-1 < RDI < 0	-	+
22	Zürich		+	-
23	Basel-Landschaft		+	+
24	Waadt		+	+
25	Basel-Stadt	RDI < -1	+	+
26	Genf		+	+

Bemerkungen: RDI = Regional Disposable Income (Synthetischer Indikator); CH-Durchschnitt = 0; Fixkosten = Wohnkosten, Nebenkosten, Gebühren für Wasser, Abwasser und Abfall; Obligatorische Abgaben = Einkommens- und Vermögenssteuern, Sozialabgaben, obligatorische Krankenversicherung; Unterdurchschnittliche Belastung (-); Überdurchschnittliche Belastung (+).
Quelle: Credit Suisse (2008); eigene Darstellung

Das breite Feld von 11 Kantonen mit einem RDI zwischen 0 und 1 setzt sich einerseits aus Kantonen mit eher tiefen Mietkosten, aber überdurchschnittlichen Steuerbelastung (Jura, Wallis) und andererseits Kantonen mit einer tiefen Steuerbelastung, aber hohen Wohnkosten (Zug) zusammen. Für die Haushalte des breiten Mittelstandes weisen die Kantone Zug, Tessin, Bern und Neuenburg mit RDI-Werten nahe bei 0 für die Schweiz eine durchschnittliche finanzielle Wohnattraktivität auf.

Die Stadtkantone Basel-Stadt und Genf liegen bezüglich dem Anteil des frei verfügbaren Einkommens am Erwerbseinkommen mit einem RDI von unter –1 deutlich unter dem Schweizer Mittel. Die generell hohen Wohnkosten in Ballungsräumen wirken sich in den Haushaltbudgets deutlich aus.

Die Analyse der Credit Suisse zeigt, dass Steuervorteile allein keine hohe finanzielle Wohnattraktivität garantieren. So gehört der Kanton Zug zusammen mit Schwyz, Nidwalden und Obwalden mit Blick auf die tiefe Steuerbelastung zu den attraktivsten Wohnorten; zusammen mit den hohen Wohnkosten resultiert ein durchschnittlicher RDI-Indikator. Steuerliche Massnahmen einiger ländlicher Kantone (z. B. Kt. OW oder AI) führen zu tiefen Fixkosten und einer tiefen Abgabenlast. Einige klassische Agglomerationskantone wie Luzern, Aargau, St. Gallen und Solothurn gehören zu den Standorten mit kombinierten finanziellen Vorteilen. **Aufgrund ihrer Zentrumsnähe stellen diese Regionen in finanzieller Hinsicht momentan das attraktivste Ziel für einen Wegzug aus den Zentren** dar (Credit Suisse 2008, 7-12).

Nachzutragen bleibt jedoch, dass die CS-Studie zwar die **unterschiedlichen Kosten** für das Wohnen berücksichtigt, nicht aber **unterschiedlich hohe Standortattraktivitäten** einer Wohnlage. Eine 4-Zimmerwohnung in der Altstadt von Zürich oder Genf kann in Bezug auf den Nutzen für die Bewohner/-innen nicht mit einer 4-Zimmerwohnung in Delsberg oder Hinterfultigen gleichgesetzt werden (vgl. Oesch/Schärfer, S. 340ff.).

5.2 Interregionale Unterschiede im Einkommen

Der RDI-Indikator zeigt nur den Anteil des frei verfügbaren Einkommens an einem bestimmten Wohnort, nicht aber die tatsächliche Höhe des frei verfügbaren Einkommens. Die Höhe der Einkommen unterscheiden sich jedoch je nach Arbeitsort, **regionale Unterschiede im Erwerbseinkommen** müssen deshalb mitberücksichtigt werden. Die Schweizerische Lohnstrukturerhebung zeigt beispielsweise für den Kanton Zürich ein monatliches Bruttomedianerwerbseinkommen von 6'250 Franken gegenüber 5'439 Franken in der Grossregion Ostschweiz, die Lohndifferenz beträgt 13 Prozent (LSE 2008).¹⁴ Die Lohnunterschiede zwischen den Grossregionen werden kleiner, wenn die unterschiedlichen Strukturen von Branchen und Unternehmensgrössen mitberücksichtigt werden. In jedem Fall liegen aber die durchschnittlichen Löhne in den Städten Zürich, Basel und Genf deutlich über dem Schweizerischen Mittel.

In **Tabelle 10** sind die **durchschnittlichen Bruttoeinkommen** (= Erwerbseinkommen plus übrige Einkommen) **pro Haushalt** für 7 Kantone aufgeführt (HABE 2006 bis 2008). Während die Haushaltseinkommen in den Kantonen Aargau mit 9'690 Franken und Zürich mit 9'555 Franken deutlich über dem Schweizer Durchschnitt liegen, erzielen die Haushalte in den Kantonen Luzern und Tessin erzielen im Durchschnitt ein Einkommen von 8'132 Franken bzw. 7'796 Franken pro Monat. Dieser Vergleich berücksichtigt jedoch die kantonal unterschiedlichen Strukturen der Haushaltszusammensetzung nicht.¹⁵ Der Vergleich zeigt die grosse Spannweite der durchschnittlichen Bruttoeinkommen, was vor allem auf regional und kantonal unterschiedliche Lohnniveaus zurückzuführen ist.¹⁶

¹⁴ Quelle: http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/04/blank/data/01/06_02.html (Stand: 04.11.2010).

¹⁵ Im Kanton Tessin sind Rentnerhaushalte mit einem Anteil von 28% übervertreten, während im Kanton Zürich der Anteil an Rentnerhaushalten nur 24% beträgt. Rentnerhaushalte erzielen in der Regel kein Erwerbseinkommen und verfügen über tiefere Bruttoeinkommen.

¹⁶ Eine aktuelle Studie zu den Löhnen und Preisen der UBS (2010) zeigt, dass das Lohnniveau (Bruttolohn abzüglich Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) in der Stadt Zürich um 10.3 Prozent höher liegt im Vergleich zum Lohnniveau in der Stadt Genf.

Tabelle 10: Durchschnittliches Bruttomonatseinkommen der Haushalte in grösseren Kantonen

Kanton	Durch. Bruttoeinkommen der Haushalte in Franken	Abw. in % zum CH-Durchschnitt
Aargau	9'690	9%
Zürich	9'555	7%
Genf	9'277	4%
Waadt	8'958	0%
Bern	8'624	-3%
St. Gallen	8'270	-7%
Luzern	8'132	-9%
Tessin	7'796	-13%
Schweiz	8'916	-

Quelle: Haushalts- und Budgeterhebung BFS 2006 bis 2008

5.3 Fazit

Die finanzielle Belastung von Haushalten des Mittelstandes durch obligatorische Abgaben (v.a. direkte Steuern) und die längerfristigen Verpflichtungen (Wohnkosten) **ist in städtischen Kantonen höher** (z.B. Basel-Stadt) **als in Agglomerationskantonen** (z.B. Kanton Solothurn) **oder in ländlichen Kantonen** (z.B. Kanton Obwalden).

Die Lohnstrukturerhebung (2008) und die Haushalts- und Budgeterhebung (2006 bis 2008) zeigen, dass im **Kanton Zürich im Mittel höhere Löhne erzielt werden** als in anderen Regionen der Schweiz. In der Tendenz sind die Durchschnittslöhne in jenen Kantonen am höchsten, die wegen hoher Fixkosten fürs Wohnen im RDI-Indikator unter dem schweizerischen Mittelwert von 0 liegen und in jenen Regionen und Kantonen eher tief, die einen RDI-Indikator von über 1.0 aufweisen.

Was lässt sich für einen Mittelstandshaushalt aus diesen Ergebnissen ableiten?

Aus einer individuellen Perspektive lohnt es sich, in einem Kanton zu wohnen, in dem die Einkommen steuerlich unterdurchschnittlich belastet werden und gleichzeitig in einem Kanton zu arbeiten, in dem das Lohnniveau hoch ist, sofern die Pendlerkosten nicht zu hoch ausfallen. Wer beispielsweise im Kanton Schwyz wohnt und im Kanton Zürich arbeitet, profitiert einerseits von der tiefen Steuerbelastung der Einkommen im Kanton Schwyz und andererseits von den hohen Löhnen im Kanton Zürich. Die Analyse der frei verfügbaren Einkommen durch die Credit Suisse auf kommunaler Ebene zeigt deutlich, dass der Anteil des frei verfügbaren Einkommens in den Grosszentren Zürich, Basel, Bern, Lausanne und Genf im Schweizer Vergleich tief ausfällt. In unmittelbarer Pendlerdistanz können sich Freiburger bzw. Solothurner und Aargauer Gemeinden mit höherer finanzieller Wohnattraktivität positionieren. Die Zuwanderung und die damit verbundene steigende Nachfrage nach Wohnimmobilien haben in diesen Gemeinden allerdings Steigerungen der Immobilienpreise bewirkt, welche die steuerlichen Vorteile teilweise neutralisieren.

6 Schlussfolgerungen

Entwicklung

Die **Einkommensungleichheit** in der Schweiz hat zwischen 2000 und 2001 abgenommen und sich in der Periode zwischen 2001 bis 2005 kaum verändert. In den Jahren 2006 bis 2008 ist eine **kleine Zunahme** der Einkommensungleichheit festzustellen. Der Gini-Koeffizient basierend auf dem verfügbaren Äquivalenzeinkommen ist von 0.268 auf 0.276 angestiegen. Die Zunahme in der Einkommensungleichheit ist vor allem drauf zurückzuführen, dass die einkommensschwachen Haushalte (1. Quintil) und die Haushalte des **unteren Mittelstandes und des mittleren Mittelstandes** (2. und 3. Quintil) **Einkommensanteile verloren** und die **einkommensstärksten Haushalte** (5. Quintil) **Einkommensanteile dazu gewonnen** haben. Die Einkommensunterschiede zwischen den Haushalten sind beim kurzfristig verfügbaren Einkommen mit einem Gini-Index von 0.329 am grössten.

Es kann vermutet werden, dass der Mittelstand in der Schweiz in den letzten Jahren kleiner geworden ist, abschliessend kann dies mit den zur Verfügung stehenden Daten nicht beantwortet werden. Der Mittelstand in Deutschland ist kleiner geworden und verdient relativ weniger als noch vor 10 Jahren.

Mobilität

Die aktuellsten Daten zur **Einkommensmobilität** in der Schweiz stammen aus den 1990er Jahren. Die Einkommensmobilität der Haushalte wird im internationalen Vergleich als relativ **hoch** eingeschätzt. Aus dem Mittelstand **steigt** im Verlauf eines Jahres rund **jeder 10. Haushalt** in die Gruppe der einkommensstärksten Haushalte **auf** und gleichzeitig **steigt** rund **jeder 10. Mittelstandshaushalt** in die Gruppe der mit tiefen Einkommen **ab**. Die Wahrscheinlichkeit eines Aufstiegs eines einkommensschwachen Haushalts in den Mittelstand beträgt 26 Prozent. **Mehr als jeder vierte einkommensschwache Haushalt stieg innerhalb eines Jahres in eine höhere Einkommensgruppe auf.**

In **Deutschland** ist in den letzten Jahren die Wahrscheinlichkeit, aus der Mittelschicht abzustiegen, leicht grösser ist als die Wahrscheinlichkeit, aus der Mittelschicht in die Oberschicht aufzusteigen. In Deutschland hat zudem die Einkommensmobilität der Mittelschicht seit Mitte der 1990er Jahren zugenommen.

Regionale Unterschiede

Regionale Unterschiede in der **Kaufkraft** in der Schweiz existieren, lassen sich aber wegen fehlender Daten zu regionalen Preis- und Lohnniveaus nicht genau berechnen. **Die Belastung der Mittelstandshaushalte** durch Steuern, Krankenversicherungsprämien und Wohnkosten kann von Kanton zu Kanton und von Gemeinde zu Gemeinde sehr **unterschiedlich ausfallen**. Grundsätzlich ist die Belastung der mittleren Einkommen in städtischen Kantonen höher als in Agglomerationskantonen oder ländlichen Kantonen. Auswertung von Lohndaten für Grossregionen **zeigen wesentliche Unterschiede des Lohnniveaus** respektive der Erwerbsmöglichkeiten in der Schweiz.

Die Kaufkraft ihres frei verfügbaren Einkommen maximieren können jene Haushalte, die in Zentren arbeiten und in der Agglomeration oder in ländlichen Regionen wohnen. Aus einer individuellen Perspektive lohnt es sich in einem städtischen Zentrum zu arbeiten (Zürich, Basel oder Genf) und gleichzeitig in einer Region mit geringer Belastung der Einkommen zu wohnen (z.B. im Kt. SZ).

7 Literaturverzeichnis

- BFS (2007): Finanzielle Situation der privaten Haushalte. Zusammensetzung und Verteilung der Einkommen, Neuchâtel
- BFS (2008): Tieflohne und Working Poor in der Schweiz. Ausmass und Risikogruppen auf der Basis der Lohnstrukturerhebung 2006 und der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung 2006, Neuchâtel
- BFS (2009): Sozialhilfe- und Armutsstatistik im Vergleich. Konzepte und Ergebnisse, Neuchâtel
- BFS (2010):
www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/04/blank/key/lohnentwicklung/nominal_und_real.html
 (Stand: 22.11.10)
- Credit Suisse (2008): Wo lebt es sich am günstigsten? – Das verfügbare Einkommen in der Schweiz, Zürich
- Dollar David und Aart Kraay (2002): «Growth Is Good for the Poor», *Journal of Economic Growth*, Vol. 7, Nr. 3, 195 - 225
- Ecoplan (2004): Verteilung des Wohlstands in der Schweiz. Bericht in Erfüllung des Postulats Fehr vom 9. Mai 2001 im Auftrag der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Bern
- Ecoplan (2010): Die Entwicklung atypisch-prekärer Arbeitsverhältnisse in der Schweiz, Überarbeitung und Aufdatierung der Studie vom September 2003, Bern
- Egger Theres und Kilian Künzi – Büro BASS (2005): Steigende Abgaben, stagnierende Einkommen: Wie ist der Mittelstand betroffen? Literaturanalyse im Auftrag des Verbands Angestellte Schweiz VSAM, Bern
- GFS Bern (2010): Bei finanziellen Engpässen auf weitere Kinder verzichten. Schlussbericht zur Studie «Wie geht es den Mittelschichtsfamilien in der Schweiz?»
- Goebel et al. (2010): «Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert», *Wochenbericht des DIW Berlin*, Nr. 24
- Grabka Markus M. und Jochim R. Frick (2008): «Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?», *Wochenbericht des DIW Berlin*, Nr. 10
- Künzi Kilian und Markus Schärner – Büro BASS (2004): Wer zahlt für die Soziale Sicherheit und wer profitiert davon? Eine Analyse der Sozialtransfers in der Schweiz, Studie im Auftrag des Schweizerischen Nationalfonds, NFP 45, Zürich/Chur: Rüegger
- Müller André et al. (2001): Globalisierung und die Ursachen der Umverteilung in der Schweiz. Analyse der strukturellen und sozialen Umverteilungen in den 90-er Jahren mit einem Mehrländer-Gleichgewichtsmodell, Studie im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft, Bern: Ecoplan
- Müller André et al. (2004): Verteilung des Wohlstands in der Schweiz. Studie im Auftrag der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Bern: Ecoplan
- OECD (2008): Mehr Ungleichheit trotz Wachstum? Einkommensverteilung und Armut in OECD-Ländern, Paris
- Oesch Thomas und Markus Schärner – Büro BASS (2009): Regionale Preisindizes in der Schweiz – welche Verfahren lassen sich auf Deutschland übertragen?, in: IAB-Bibliothek Nr. 324 «Der weisse Fleck – zur Konzeption und Machbarkeit regionaler Preisindizes», Nürnberg und Bern
- Peters Rudi (2010): Répartition des revenus en Suisse: faits et tendances. Une analyse des revenus imposables de l'année 2006, ESTV Bern

- Ravallion Martin und Shaohua Chen (1997): «What Can New Survey Data Tell Us about Recent Changes in Distribution and Poverty?», *World Bank Economic Review*, Oxford University Press, Vol. 11, Nr. 2, 357 - 382
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2009): Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen. Analyse Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland (Jahresgutachten)
- Streuli Elisa und Tobias Bauer (2002): Working Poor in der Schweiz. Konzepte, Ausmass und Problemlagen aufgrund der Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung, BFS: Neuchâtel
- UBS (2010): Preis und Löhne. Ein Kaufkraftvergleich rund um die Welt, Zürich
- Zürcher Boris (2004): «Income Inequality and Mobility: A Nonparametric Decomposition Analysis by Age for Switzerland in the 80s and 90s», *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, Vol. 140, Nr. 2, 256 - 292
- Zürcher Boris (2007): «Wachstum, Verteilung und Einkommensmobilität», *Die Volkswirtschaft - Das Magazin für Wirtschaftspolitik*, Nr. 12